

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Freitag, den 28. März 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 1,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7497.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonne
 jeits oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.

Kreisprediger: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Einladung.

Am 1. April eröffnen wir ein neues Abonnement auf den
„Vorwärts“
 mit der illustrierten Sonntags-Beilage
„Die neue Welt“.

Die Änderungen, die wir seit dem 1. Januar eingeführt
 haben, erfreuen sich des lebhaftesten Beifalles unseres Leserkreises.
 Unsere

Literarische u. Volkswirtschaftliche Rundschau
 werden allgemein als bedeutungsvolle Bereicherung des In-
 halts unseres Blattes angesehen. Durch unsere

Unterhaltungs-Beilage
 ist dem Unterhaltungsbedürfnis unserer Leser und Leserinnen
 in reichstem Maße Rechnung getragen worden. Wir beginnen
 in ihr am 1. April den Abdruck des spannenden, an er-
 schütternden Konflikten reichen Romans

Ein alter Streit

von Wilhelmine von Sillern.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren sowie
 unsere Expedition, Bentzstr. 3, Bestellungen entgegen zum
 monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonne-
 ments zum Preise von

3,30 M. für die Monate April, Mai u. Juni
 entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungsliste für 1897
 unter Nummer 7487.)

Redaktion u. Expedition des „Vorwärts“.

Warum Herr v. Kardorff keine Diäten braucht.

Diese Frage haben wir in unserem gestrigen Leitartikel
 ausführlich behandelt, und Herr v. Kardorff, der im Reichstage
 so bereit geschwiegen, scheint inzwischen die Sprache einiger-
 maßen wieder gewonnen zu haben, denn er sendet den
 „Neuesten Nachrichten“ folgende lange Erklärung zu:

„In der heutigen Nummer des „Vorwärts“ wird im An-
 schluss an den persönlichen Aufruf des Abg. Singer gegen mich
 in einem längeren Artikel ausgeführt, ich sei bei der „blutigen
 Gründung“ von Laurahütte, bei der Gründung von „Hibernia
 Shamrod“ und der „Weimar-Geraer Bahn“ beteiligt gewesen.

Diese Behauptung ist bezüglich der beiden letztgedachten
 Aktiengesellschaften völlig aus der Luft gegriffen, und in den
 Ausschussberichten von Laurahütte bin ich Wochen nach der Gründung,
 an der ich nicht beteiligt war, auf den Wunsch eines mir be-
 rühmten Aktienbesizers eingetreten und habe den Vorsitz des Aus-
 schusses von 1872 bis 1888 geführt. Bei dieser Aktiengesell-
 schaft wurden die Aktien mit 105 emittiert und sie notiren heute
 150 oder noch höher.

Im Jahre 1889 schied ich aus dem Ausschussrathe, um dem
 Wunsche meines Kreises zu entsprechen, der einen im Kreise des
 heimischen Landrath haben wollte, und wurde einstimmig auch von
 meinen erbittertesten politischen Gegnern zum Landrath präsentiert.
 Vor zwei Jahren legte ich das Landrathamt nieder, weil in-
 zwischen mein im Kreise gleichfalls heimischer Nachfolger die große
 Staatsprüfung abfolviert hatte.

Man wird sich bei meiner ausgesprochenen Parteistellung
 wohl denken können, daß bei den Wahlschlachten von 1873
 ab meine Beteiligung bei der Gründung der „Pösen-Creuz-
 burger Bahn“ und der „Reichs-Kontinental-Waagegesellschaft“,
 welcher der Bau dieser Bahn übertragen war, einer
 sehr eingehenden Kritik seitens meiner zahlreichen politischen
 Gegner unterzogen worden ist. Alle diese Untersuchungen führten
 immer nur zu dem Resultate, daß mir nichts Ungebührliches
 vorgeworfen werden könne, und daß eine Beteiligung an
 industriellen Unternehmungen an sich Jedem freistehen
 müsse. Die persönlichen Angriffe gegen mich, welche
 höchstens von der „Pösischen Zeitung“ dann und wann wieder
 aufgewärmt wurden, die mich mit ihrer besonderen Feindschaft be-
 glückte, waren denn auch ziemlich verflüchtigt, bis es Herrn Singer
 gefallen hat, sie aus dem Buche des Antisemiten Wlaga nach
 24 Jahren wieder auszugraben. Habent sibi!

Wilhelm von Kardorff, Wabnig.

Wir finden, diese langathmige Erklärung sei interessanter
 durch das, was Herr v. Kardorff verschweigt, als durch
 das, was er sagt. Mit keiner Silbe bestreitet Herr
 von Kardorff, daß er sich eingeständenermaßen lediglich
 deshalb an den Gründungen beteiligt habe, um ohne
 Vermögensverluste seine parlamentarische
 Thätigkeit ausüben zu können. Und darauf
 kommt es schließlich mehr an, als auf den neben-
 sächlichen Umstand, ob er bei den Gründungen von
 Hibernia Shamrod und der Weimar-Geraer Bahn
 auch noch beteiligt war. Seine sonstigen Beteiligungen
 genügen schon vollan. Bei der Laurahütte gesteht er selber
 für volle 12 Jahre den Vorsitz im Ausschussrathe zu, und wir
 konstatirten gestern, daß dort an Trinkgeldern für den Aus-
 schussrathe 1871/72 **50 000 Thaler**, für die beiden folgenden
 Jahre sogar je **200 000 Thlr.** bezahlt wurden; bei der deutschen
 Reichs-Kontinentalbahn-Gesellschaft scheute man sich sogar nicht,
 1873 **50 000 Thaler** als Lantime auszuwerfen, obwohl die
 Einnahme zum großen Theil in „Zinsen“ der eigenen
 Effekten und in „Kursgewinnen“ bestanden.

Darüber zu reden, hat Herr v. Kardorff unterlassen.
 Aber er versichert uns pomphaft, daß bei der „blutigen“
 Laura die Aktien mit 105 emittirt wurden und heute „150
 oder noch höher“ stehen. Gewiß, die Aktien wurden
 mit 105 emittirt und im nächsten Jahre sogar auf
 229 getrieben; aber zweimal zwölf Monate nach den letzten
 Jahren, in denen der Ausschussrathe, dessen Vorsitzender Herr
 v. Kardorff war, an „Trinkgeldern“ je **600 000 M.** ein-
 gesackt hatte, fielen die Aktien auf **69,75** (im Jahre 1875),
 auf **70,90** (1876), **64,80** (1877) und **60,80** (1878); dann
 stiegen sie langsam wieder, fielen in den Jahren 1885—87
 abermals auf **87,50**, **85,10**, **88,50** und wenn sie jetzt auf 150
 stehen, so ist das kein Trost für diejenigen, die damals ihr
 Geld verloren, vielleicht bloß deshalb verloren, weil sie
 allzu viel Vertrauen in das politische Ehrenamt des Vorsitzen-
 den des Ausschussrathe, des Reichs- und Landtags-
 Abgeordneten v. Kardorff gesetzt und keine Kenntniss da-
 von hatten, daß Herr v. Kardorff lediglich deshalb sich an
 der Laurahütte beteiligt hatte, um ohne Vermögensverluste
 parlamentarisch wirken zu können! Und seine Kämpfe gegen
 die Seehandlung lassen zum Troste den Glauben entstehen, daß
 Herr v. Kardorff gegen diesen Nichtverlust von Ver-
 mögensvortheilen wenigstens nicht undankbar war!

Aber Herr Kardorff zitiert auch Eideshelfer! Sogar seine
 politischen Gegner hätten ihn zum Landrath präsentiert. Schade,
 daß er diese Leute nicht nach Stand und Namen nennt, sie würden
 dann vielleicht auf uns mehr Eindruck machen! Und alle
 Untersuchungen wider ihn hatten immer zu dem Resultate ge-
 führt, daß ihm nichts Ungebührliches vorgeworfen werden
 könne und daß eine Beteiligung an industriellen Unter-
 nehmungen an sich Jedem freistehen müsse.

Darüber sind die Meinungen unter den Gründern und
 den übrigen Leuten getheilt. Daß Herrn v. Kardorff nichts
 strafgesühlich Ungebührliches nachgewiesen werden konnte,
 glauben wir gerne; aber wir wissen uns mit Tausenden einig,
 die es allerdings für ungebührlich im höchsten Grade
 finden, wenn Parlamentarier ihr politisches Ehrenamt als
 Hochpreis aushängen lassen und sich beteiligen an Unter-
 nehmungen vom Schlage der Laurahütte und dergleichen. Aber
 freilich, Herr v. Kardorff ist ein moderner preussischer Junker:
 Noblesse oblige!

Wenn Herr v. Kardorff schließlich die Wlaga'sche Ent-
 hüllung damit zu discrediren sucht, daß er Wlaga verächtlich
 einen Antisemiten schilt, so stimmt das uns nur
 heiter. Herr v. Kardorff hat doch sonst diese Abneigung gegen
 Antisemiten nicht; er ist doch auf bestem Fuße mit seinem
 antisemitischen Welsgenossen Liebermann von Sonnenberg, der
 ja bekanntlich an seinem anderen antisemitischen Welsgenossen
 Freiherrn von Hammerstein nach seiner Abjagung durch die
 Freunde des Herrn v. Kardorff den Zug ins Großartige auch
 bei seinen Lumpereien bewunderte, oder wie Eugen Richter
 damals hochharterweise sagte: beneidete. Habent sibi!

Nein — Herr von Kardorff mag sich drehen, wie er
 will: das Brieslein an Keil ist nicht abzustreiten. Es ist
 ja vielleicht nur zu wahr: Schätze hat sich Herr
 von Kardorff trotz seiner Stellung als Vorsitzender des
 Ausschussrathe bei der Laurahütte nicht gesammelt;
 und vielleicht weiß das außer Herrn v. Kardorff und seinem
 Fraktionsleiter Herrn v. Stumm niemand besser als der
 „Bund der Landwirthe“, für den Herr v. Kardorff
 jetzt so eifrig agitirt; aber die Moral, die in dem Eingeständ-
 nis des Herrn v. Kardorff liegt, daß er sich an diesen
 Gründungen nur beteiligt habe, um ohne Vermögensverluste
 seine parlamentarische Thätigkeit ausüben zu können, steht
 einem so überzeugten Gegner der Diäten für Abgeordnete
 herzlich schlecht!

Politische Uebersicht.

Berlin, 27. März 1897.

Aus dem Reichstage. Eine Schwabenschlacht wurde
 heute um die Frage geschlagen, ob ein neu zu bildendes
 Bataillon in Zukunft in Weingarten oder in Ulm garnisoniren
 soll. Die ultramontanen Schwaben haben eine Resolution
 eingebracht, welche für Weingarten Partei nimmt. Um diese
 Resolution wurde nun stundenlang debattirt, bis schließlich per
 Hammelsprung der Reichstag sich mit 185 gegen 99 gegen Ulm
 entschied.

Beim Marine-Etat kam der Staatssekretär **Hollmann** auf
 die Beschwerden über die Arbeiterverhältnisse auf den Werften
 zu sprechen, ohne indeß eine der tatsächlichen Angaben unseres
 Genossen **Meyer** zu widerlegen.

Für Flottenvergrößerung und Arbeitermaßregelung trat
 dann der Antisemit **Liebermann von Sonnenberg**
 ein, worauf unser Genosse **Legien** eingehend antwortete
 und dann eine weitere Reihe von Uebelständen auf den
 kaiserlichen Werften zur Sprache brachte. Nachdem noch Herr
 v. **Stumm** und der Antisemit **Förster** gesprochen, letzterer
 in besonders getragener Weise für den Bau neuer Schiffe,
 wurde die Diskussion geschlossen. Da kein Antrag
 auf Wiedereinstellung der Kreuzer-Raten vorlag, so
 wurden diese Positionen ohne Debatte im Sinne der Beschlüsse
 zweiter Lesung erledigt, d. h. abgelehnt.

Genosse **Stadthagen** rügte das Verhalten der helgo-
 länder Behörden gegen streikende Arbeiter, worauf auch der
 Marine-Etat erledigt war.

Beim Justizetat brachte **Schoenlant** den Fall des

Ober-Landesgerichtsraths **Stenglein** aus Colmar sowie ein ganz
 unerhörtes Vorkommniß vor dem Reichsgericht in Leipzig zur
 Sprache. Genosse **Peus** lenkte die Aufmerksamkeit auf die
 Behandlung der politischen Gefangenen in den anhaltischen
 Gefängnissen und Dr. **Lütgenau** erörterte den Prozeß
 Schröder.

Bei letzterer Gelegenheit wärmte Herr **von Stumm** das
 alte Märchen, daß die Sozialdemokratie den Meineid vertheidige,
 wieder auf, wofür er aber von **Stadthagen** gründlich ab-
 geführt wurde.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. Rest der heutigen Tages-
 ordnung und Handwerker-Vorlage.

Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte heute zunächst
 in dritter Beratung den Gesetzentwurf betreffend die Regelung
 der Richtergehälter, unter Ablehnung eines Antrages
 Beilettes, nach welchem die neuen Bestimmungen über die
 Beförderungen der Ober-Landesgerichtsräthe und Landesgerichts-
 direktoren, die vor oder an dem 1. April in ihr gegenwärtiges
 Amt eingetreten sind, rückwirkende Kraft erhalten sollen.
 Hieraus wurden in dritter Lesung die Gesetzentwürfe betr.
 die Vereinigung der Stadtgemeinde Breslau ohne Debatte ange-
 nommen und sodann eine Reihe kleiner Etats erledigt.

Beim Etat des Ministeriums der Auswärtigen
 Angelegenheiten glaubte Abg. Dr. **Friedberg** (natl.) in
 hoher Politik machen zu müssen, was ihm jedoch gänzlich mißlang.
 Er bezeichnete den bekannten Vorgang, wonach in Guelz eine
 von einem preussischen Unterthanen bei der Zentenarfeier geführte
 preussische Fahne auf Veranlassung der russischen Behörden
 entfernt wurde, als eine Verletzung des preussischen National-
 gefühls und fragte, was die Regierung diesem Vorfall
 gegenüber zu thun gedenke. Da ein Vertreter des Aus-
 wärtigen Amtes nicht zugegen war, so konnte leider das verlegte
 Nationalgefühl des Dr. **Friedberg** keine sofortige Sühne erhalten, er
 mußte sich vorläufig damit begnügen, daß der Finanzminister
 Dr. **Miquel** in ironischer Weise erwiderte, er halte sich nicht für
 kompetent, in dieser „hochwichtigen“ Angelegenheit ein Urtheil abzu-
 geben. — Einen von dem Abg. Dr. **Kruidt** beim Etat der Lotterien
 Veranlassung geäußerten Wunsch auf Ersetzung der einzelstaatlichen
 Lotterien durch eine einheitliche Reichs-Lotterie erklärte der Finanz-
 minister für nicht erfüllbar; eine reichsgesetzliche Regelung des
 Lotteriewesens sei ein bedeutlicher Eingriff in die Autonomie und
 das Selbstbestimmungsrecht der Einzelstaaten.

Eine längere Debatte entspann sich beim Etat der An-
 siedelungs-Kommission, wozu die polnische Fraktion
 einen Antrag auf Aufhebung des An siedelungsgesetzes von 1886
 gestellt hatte. Während die Nationalliberalen Sieg und Seer
 die segensreiche Wirkung des An siedelungsgesetzes hervorhoben und
 sich gegen den Antrag erklärten, wandten sich die Abgeordneten
 Dr. **Miseré** (Pole), **Zwawalle** (Z.) und **Giesch** (Pole)
 scharf gegen das Gesetz, das gegen die Verfassung und Gerechtigkeit
 verstoße und den Kampf zwischen Polenthum und Deutschthum ver-
 schärfte habe. Minister **von Miquel** trat auch hier wieder für
 die Regierung ein, obgleich die Frage mit seinem Bestreben
 zu thun hat, und erklärte, daß sich jeder preussische Unterthan
 dem verfassungsmäßig zu stande gekommenen Gesetze fügen müsse.
 Die Polen hätten Ursache, der Staatsregierung dankbar zu sein,
 die die polnischen Länder kulturell außerordentlich gefördert habe
 und noch fördere. Hieraus wurde der Antrag gegen die Stimmen
 der Polen und eines Theils des Centrums abgelehnt.

Am Montag beginnt die Beratung des Etats des Finanz-
 ministeriums, mit welchem die Besoldungsvorlage ver-
 bunden ist.

Während die Auffassung der Orientfrage seitens der
 internationalen Sozialdemokratie keine gleichmäßige ist und der
 Natur der Verhältnisse nach es auch kaum sein kann, herrscht
 völlige Einmüthigkeit in dem einen Punkt, daß es
 Pflicht der Sozialdemokratie ist, die von den euro-
 päischen Regierungen befolgte Politik Kreta
 Griechenland und der Türkei gegenüber zu bekämpfen.
 Diese Politik ist weder ehrlich, noch human, noch vernünftig.
 Sie ist nicht ehrlich, denn sie wendet sich anscheinend feind-
 lich gegen Zustände und Handlungen, die sie selber ver-
 schuldet hat. Sie ist nicht human, denn sie treibt
 mit Hunderttausenden von Menschen ein frivol-zynisches
 Bivisions-Spiel, und bereitet Katastrophen von
 unabsehbarer Tragweite und Verderblichkeit vor.

Sie ist nicht vernünftig, denn sie betätigt sich so,
 daß das Gegentheil dessen, was sie sich zum Ziel gesteckt hat,
 erreicht werden muß, wenn das schändliche Treiben noch einige
 Zeit so fortgeht.

Freilich diese Unvernunft ist nur die Wirkung oder Folge
 der Unehrlichkeit. Die Politik des europäischen Konzerts
 ist nämlich nichts anderes als die Politik Rußlands,
 und diese verfolgt genau das Gegentheil der angeblichen
 Ziele des „Konzerts“. Sie erstrebt nicht die Erhaltung des
 Friedens, nicht die Aushahnung von Reformen, nichts von all
 den schönen Dingen, mit denen das „Konzert“ um sich wirft.
 Unter Proklamirung der Integrität des türkischen Reiches
 dasselbe langsam zerstückeln, überall unheilvolle Zustände
 schaffen, ein Geseßen des „ranken Mannes“ durch methodisches
 Eingeben verzuckerter Giftstoffen verhindern — das
 ist die Politik Rußlands, und diese Politik wird auf das Pünkt-
 lichste vom „Konzert“ ausgeführt. Während die Türkei, zu-
 verlässigen Nachrichten gemäß, froh wäre, wenn sie sich mit den Kretern
 in Güte auseinandersetzen könnte — über die sie seit Jahrzehnten,
 der moskischen Zeitungslüge zum Trost, thatsächlich gar keine
 Regierung ausgeübt hat —, ist Kreta in den Händen des
 europäischen „Konzerts“ zu einem wahren Martirerpfahl für
 die Türkei geworden und zu einer Quelle ersthabter
 Gefahr. Hätte das „Konzert“ die Hände aus dem Spiele

gelassen, so erstreckte sich Kreta jetzt aller Voraussicht nach vollkommener Ruhe, denn der vor dem „Konzert“ ganz unbedeutende, erst durch das „Konzert“ (gebildeten Zug aus Griechenland und erzwungene Lahmlegung der Türken) ernsthaft gemachte Aufstand wäre längst mit Güte oder Gewalt beendet. Und noch heute stehen die Dinge so, daß, wenn das europäische „Konzert“ seine bei aller Lächerlichkeit so unheilvolle Tätigkeit einstellte, die Türkei binnen weniger Tage mit Griechenland und Kreta zu einem friedlichen Abkommen käme — vorausgesetzt, Mächte des „Konzerts“ bewerkstelligten nicht neue Brandstiftungen im Balkan und in Armenien.

Mit den Kretern, mit den Griechen, die für das „Konzert“ nur politische Rechenpfennige sind, wird Schindluder getrieben und der Auflösungsprozess der Türkei beschleunigt — so gewinnen die Völker nichts, die Humanität wird unter die Füße getrampt und der russische Barbarenstaat, dessen Stiefelpuher die übrigen Mächte Europa's sind, hat allein den Gewinn.

Wir wissen nicht, ob die gestrige Unterredung des englischen Premierministers mit dem französischen Kabinettschef und Minister des Aeußeren einen Umschwung der Politik nach sich ziehen wird. Bestimmte Inhaltspunkte liegen noch nicht vor. In jedem Fall hat die internationale Sozialdemokratie der Kultur- und freiheitslieblichen Ruten- und Kartätschen-Politik des europäischen „Konzerts“ mit Aufgebot aller Kräfte entgegenzutreten.

Zur kretensischen Frage liegen heute folgende Nachrichten vor:

Die Beschießung der Aufständischen im Fort Malaxa hat in Athen eine sehr schmerzliche Erregung hervorgerufen. Die Abendblätter protestieren mit Unwillen gegen diese Thatsache.

Kretensische Delegierte veröffentlichten in englischer Sprache eine Broschüre, in welcher sie Protest einlegen gegen die Autonomie, welcher sie, wie nach dem Aufstande von 1866, das ottomanische Joch vorzögen. Europa, so heißt es in der Broschüre, könne alles thun und werde es doch nie erreichen, das Nationalgefühl des kretensischen Volkes auszuschließen. Kreta habe immer für die Vereinigung mit Griechenland gekämpft und werde, so lange auch nur eine lebende Seele auf der Insel existiere, nur die Vereinigung mit Griechenland annehmen. Diese Broschüre wurde sämtlichen Gesandtschaften überreicht.

Der Admiral des russischen Geschwaders in den kretensischen Gewässern hat an die russische Botschaft in Konstantinopel telegraphisch, daß die Vorbedingung der Pazifikation Kreta's die Zurückziehung der türkischen Truppen von der Insel und die volle Beseitigung aller türkischen Einflüsse auf die Verwaltung sei.

Der „Figaro“ will wissen, Lord Salisbury habe Panotaur einen Plan mitgeteilt, Kreta von zwei Mächten, nämlich von England und Rußland oder England und Frankreich okkupieren zu lassen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Marquis de Theodor Dröner am 21. Januar 1897 vom Landgericht Berlin II zu Strafe verurteilt. Auf die Revision des Angeklagten wurde das Urteil auf eine prozessuale Beschwerde hin aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen.

Die Zentenarfeier hat in Dresden unangenehme Folgen gehabt für einen Scharverwalter und einen Wirtzmeister, beide Nicht-Sozialdemokraten. Zu einem Restaurant in Blasewitz bei Dresden haben sie das, was so mancher über die Zentenarfeier gedacht haben mag, öffentlich ausgesprochen und hierbei den derzeit regierenden deutschen Kaiser beleidigt. Später denunzierten die Beleidigten und beide wurden verhaftet.

Deutsches Reich.

— Zur Nachwahl in Torgau schreibt das Volksblatt für Halle und den Saalkreis: Die Hauptbedeutung der Wahl liegt in der Verdrängung der Konservativen. Der so mühsam aufgepöppelte Zentenarpatriotismus hat in seiner Wirkung gründlich verlagert. Herr v. Pöhl, dessen gesticktes Strohdach im Wahlkreise liegt und der als Mann an der Spitze während der Wahlbewegung sein möglichstes geleistet hat, kann jetzt Betrachtungen darüber anstellen, wie tief die Wurzeln die Bündlerbewegung in die Herzen der ländlichen Bevölkerung getrieben hat.

Der marinebegierige „Hamb. Corr.“ schreibt: Die Umstände schienen für die Reichspartei sehr günstig zu liegen! Ihr Kandidat war ein angegebener, im Wahlkreise ansässiger Arzt, der Bezirk Liebenwerda-Torgau ist ein ganz vorwiegend ländlicher, der Bund der Landwirthe, dessen erster Vorsitzender Herr v. Pöhl seinen Wohnsitz im Wahlkreise hat, trat mit den sämtlichen Konservativen geschlossen und sehr richtig für Herrn Puffenlüsch ein, die Vorgänge bei der Marine-Staatsberatung und die Zentenarfeier würden — so hoffte man — nicht ohne Einfluß bleiben. Trotz alledem kommt die freisinnige Volkspartei mit günstigen Ansichten in die Stichwahl, ihre Stimmengabe ist gewachsen, die der Konservativen sehr erheblich und die der Sozialdemokraten in geringem Grade gefallen. Was die Gründe für dieses Wahlergebnis sind, wissen wir nicht; jedenfalls ist es das zu angethan, diejenigen, die sich von der Auflösung des Reichstages Gutes versprechen, zur Vorsicht zu mahnen.

— Die Trauben sind fauer. Herr Krupp läßt den Plan, die Reichstags abgelehnten Kreuzer auf eigene Faust bauen zu wollen, jetzt bestig dementieren. Herr Krupp hat sich, wie wir es erwarteten, überzeugt, daß mit diesem Patriotismus kein Geschäft zu machen ist. Und das alte Landtschneid-Wort: „Kein Kreuzer, kein Schweizer“ können wir jetzt modernsten als ausdrücken: „Kein Kreuzer, kein Krupp.“ — und in anderer Variation: „Kein Kreuzer, kein Kreuzer.“

— Einen untergeordneten Punkt nennt die „Freisinnige Zeitung“, die gestern von Liebknecht im Reichstag zur Sprache gebrachte Katastrophe des „Zitis“. Der Tod von 70 deutschen Seeleuten, und noch dazu unter Umständen, welche die Katastrophe auf ein schweres Verschulden zurückzuführen, ein „untergeordneter Punkt.“ Das ist wirklich har! —

— Pastor Köhlsche hat, wie die „Post“ meldet, nach Verhandlung mit Pfarrer Raumann beschlossen, der von dem Oberkirchenrath angeordneten Verlegung nach Sterakowitz keine Folge zu leisten. Es ist wohl zu erwarten, so schließt das würdige Organ des Herrn v. Stumm seine Notiz, daß der von Oberkirchenrath sich durch solche Maßnahmen nicht abhalten lassen wird, bei seinen in der Angelegenheit Köhlsche's getroffenen Maßregeln es bewenden zu lassen. Ein Geistlicher, der Herrn Raumann zu seinem Gewissenrathe macht, gehört überhaupt nicht ins Pfarramt.

Ist Herr v. Stumm oder gar Herr v. Kardorff der geeignete Gewissenrath für Pastoren? —

— Objektive Berichterstattung. Die „Post“ macht in ihrer gestrigen Nummer gleichfalls darauf aufmerksam, daß in dem Bericht des „Berliner Lokal-Anzeiger“ über die in der Stadtverordneten-Versammlung durch unseren Parteigenossen Stadthagen geübte Kritik an der Tagespolitik dieses Blattes, das sich als amtliches Publikationsorgan des Magistrats bezeichnete, mit Leichtfertigkeit hinweggegangen ist. Das war sehr ungeschickt von dem Stumm-Moniteur, denn in derselben Nummer ist im Reichstagsbericht der „Post“ die Rede unseres Genossen Singer, in der jener bezeichnende Brief des Herrn v. Kardorff an den Redakteur der „Gartenlaube“ verlesen wurde, gleichfalls unauffindbar. — Zwei Fliegen mit einer Klappe. —

— Justizreform im Posenen. Gegen den Chefredakteur des Posener Blattes „Kurier Poznański“, Dr. Kantedi, hat die Staatsanwaltschaft nachträglich Anklage wegen Verletzung des Artikel erhoben, für die der verantwortliche Redakteur des Blattes, Smolinski, bereits bestraft wurde. Die Staatsanwaltschaft ist der Ansicht, daß Smolinski, der beim „Kurier Poznański“ auch als Schriftföhrer beschäftigt ist, nur als Strohmann zu betrachten sei. Die Beschlußkammer hat sich dieser Auffassung angeschlossen.

Leipzig, 26. März. (Sig. Ber.) Die Handelskammer Leipzig nahm auf Anregung der Fischerei-Interessenten Norddeutschlands eine dem sächsischen Ministerium und dem Reichstag zu übermittelnde Resolution an, in der sie sich im Interesse der Volksernährung gegen jeden Zoll auf frische Fische, Heringe und Sprotten ausspricht. Zum Schutze der kleinen deutschen Fischer wollen die Agrarier einen diesbezüglichen Antrag im Reichstag stellen. Gegen den Schutz der Fischerarbeiten durch Verbot von Bestimmungen über die Desinfektion der Vorsten wenden sich die Wursthändler Leipzig, da sie bei einem jährlichen Umsatz von 12 bis 13 Millionen Mark Vorsten durch den Erlaß derartiger Bestimmungen schwer geschädigt würden. Nur keinen Schutz den Arbeitern, wenn es gegen den Geldsack geht. —

München, 26. März. (Sig. Ber.) Behufs Ausbringung der Kosten für ein Denkmal Kaiser Wilhelms I. hat Herr Völgelmeister Dr. v. Schuß als Vorsitzender des Komite's sich mittels eines Schreibens an die Väter-Zeitung und wahrscheinlich auch noch an weitere vermeintlich patriotische Vereine gewandt, um einen Beitrag vom Verein zu bewilligen. Die Väter-Zeitung hat gestern Abend das Gesuch mit 26 gegen 2 Stimmen abgelehnt, indem sie sich auf den Standpunkt stellte, daß Leute, die ein solches Denkmal wünschen, auch die Kosten dafür bezahlen müßten. — Ganz vernünftig. —

Strasbourg i. O., 27. März. Die amtliche „Straßburger Korrespondenz“ veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

Die „Kaiserzeitung“ und das „Mühlhäuser Volksblatt“ haben in ihrer Nummer vom 21. März d. J. unter der Ueberschrift: „Wir machen nicht mit!“ gleichlautende Artikel über die Zentenarfeier Kaiser Wilhelms I. gebracht, in welchen sie gegen eine Theilnahme der Eingeborenen in schäblicher Weise Stellung nehmen. Wenn für diesen Standpunkt der Sache Gründe geltend gemacht worden wären, hätte die Regierung zu einem Vorgehen gegen diese Blätter keinen Anlaß. Der Artikel verunglimpft aber das Andenken an die Person des großen Kaisers, der als blutdürstiger Eroberer hingestellt wird. Blätter, von welchen derartige Schmähungen bei einer Feier, die vom gesammten Deutschland mit größter Begeisterung begangen wurde, ausgehen, befehlen in größter Weise das Gefühl des deutschen Volkes, und verfolgen offenbar den Zweck, die Bevölkerung mit Haß gegen das deutsche Kaiserthum zu erfüllen. Diese Stellen unter den in Offizial-Verordnungen gegebenen Verhältnissen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar, welche die Regierung mit den ihr zu Gebote stehenden Nachmitteln zu bekämpfen verpflichtet ist. Dem entsprechend hat der kaiserliche Statthalter auf Grund der ihm verliehenen außerordentlichen Gewalt des Staates das Erscheinen der genannten beiden Blätter verboten.

Diese Anwendung des Diktator-Paragraphen Blättern bürgerlicher Parteien gegenüber unzulässig der Zentenarfeier wird kaum die Verschmelzung der Reichslande mit Altdentschland fördern. Die Gewalttheorie: „wo keinerlei gesetzliche Handhabe zu Presprozessen und Zettungsanklagen zu finden ist, da unterdrückt man die Zeitung ein für allemal“, wird außerhalb der russischen und türkischen Grenzpfähle nicht mehr verstanden. —

Oesterreich.

— Der Reichsrath hielt heute seine erste Sitzung ab. Montag wird die Thronrede gehalten, Dienstag findet die nächste Sitzung statt. —

— Die sozialdemokratische Fraktion wählte in den Parteivorstand die Abgg. Daszgunski (Pole), Hysch (Ungar) und Jeller (Deutscher); sie beschloß ferner, zu allen Fraktionsitzungen die Genossen Adler und Bernerstorfer hinzuzuziehen. —

Schweiz.

Bern, 25. März. (Sig. Ber.) Die Erstwahl in den Bundesrat durch die Bundesversammlung ist so ausgefallen, wie die Eingeweihten wohl vorausgesehen haben: es wurde der Basler Freisinnige Dr. Brenner mit 90 Stimmen bei einem absoluten Mehr von 90 im vierten Wahlgange gewählt; der Basler Konservative Dr. Speiser erhielt 81 Stimmen, während Curti im ersten Wahlgange 20 erhalten hatte. Die Wahl bestätigt, was vor einigen Monaten ein Kenner der Parteiverhältnisse in der Bundesversammlung, der Züricher Regierungsrath Locher, darüber veröffentlicht hat. Die nach außen als freisinnige, in Bern als radikal-demokratische Partei auftretende Fraktion sei weder radikal noch demokratisch und die Hälfte ihrer Mitglieder gehöre eigentlich zu den Konservativen, dem sog. Zentrum. Die radikal-demokratische Partei behandle mehr persönliche als sachliche Fragen, während doch gerade letzteres die Hauptsache sein sollte; bei der persönlichen Politik spiele leider auch die Intrigue eine große Rolle. Nicht Ideen beherrschen das Parlament, sagt Herr Locher sodann weiter, sondern Personen und aus persönlichen und parteipolitischen Rücksichten stees die Entscheidungen als sachliche. Die Rücksicht auf die Erhaltung der Mehrheit gilt als oberste Politik, darum kamen die Volksrechte nicht zur Geltung, darum die schreiende Dissonanz, wie sie gelegentlich zwischen den Beschlüssen der Raths und den Entschieden des Volkes sich darstellt. — Rein persönliche Gründe sind es auch, welche die Wahl des Herrn Curti in den Bundesrath hintertrieben haben, der bei der Wahl sehr wahrscheinlich glänzend gewählt worden wäre. Weil ihre persönliche, nur von Sympathien und Antipathien geleitete Politik ihr Ende erreichen würde, darum ist die freisinnige Partei auch gegen die Wahl des Bundesrats durch das Volk, ein demokratisches Postulat, das durch die heutige Erstwahl, durch die beleidigende Hintanziehung des Herrn Curti gerade eine bedeutende Förderung erfahren haben dürfte. Den kapitalistischen Politikern, die statt soziale lieber kulturkämpferische Politik treiben möchten, ist der arbeiterfreundliche, von den Sozialdemokraten hoch gehaltene Curti natürlich persona gratissima; er ist ihnen auch zu selbständig in seiner Tätigkeit und zu wenig Werkzeug der Herren Freisinnigen, und darum auch wurde er nicht gewählt. —

Frankreich.

Paris, 27. März. Dem „Matin“ zufolge wird der Gesetzentwurf betreffend die Schiffs-Rebanten bereits heute in der Kammer eingebracht. —

Paris, 27. März. Die gesammten Akten der Anton-Angelegenheit wurden gestern dem Justizminister übergeben. Die Auslieferungsanträge sollen heute in der Deputirtenkammer eingebracht werden. —

Paris, 27. März. Senat. Präsident Doubet theilt mit, es sei der Antrag auf Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung eines Senators eingegangen. Die Bureau's versammeln sich heute Nachmittag 5 Uhr, um über diese Angelegenheit zu beraten. Der ehemalige Deputirte Saint Martin stellte sich heute Nachmittag dem Untersuchungsrichter. —

Paris, 27. März. Deputirtenkammer. Der Präsident Brisson theilt mit, daß das Ersuchen um Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung dreier Deputirten bei ihm eingelaufen sei. Die Kammer beschloß, sofort in ihren Abtheilungen zusammenzutreten, um eine Kommission zur Prüfung der Verfolgungsbegehren zu ernennen. Die drei betroffenen Deputirten sind Raquet, Henri Maret und Anklabe Boyer. Das Verfahren gegen dieselben betrifft die Panama-Angelegenheit. —

Paris, 26. März. Die Arbeitskommission der Kammer nahm heute den Antrag des sozialistischen Abg. Jauro's an, dahingehend, daß sie mit einer Untersuchung der Arbeitsverhält-

nisse in Frankreich beauftragt werde. Der Abg. Sacombe wurde zum Berichterstatter ernannt. — In der Sitzung beriet die Kammer über das vom Senat zurückgekommene Budget 1897, stellte verschiedene von diesem geführte Kredite wieder ein und machte andererseits einige Abstriche. Ein Antrag des Haupt-Verichterstatters Krantz, die Offiziers- und Unteroffizierspensionen statt um eine Million nur um 700 000 Fr. zu erhöhen, wurde angenommen und das Budget abgeändert. Dann ging die Kammer zur Beratung des Finanzgesetzes über. —

— Eine niederträchtige Verleumdung wird jetzt durch den Telegraphen und durch bürgerliche Zeitungsschreiber verbreitet: nämlich daß die „Depêche“, ein radikales, dem Sozialismus nahestehendes und Jauro's unter seinen Mitarbeitern zählendes Blatt in Toulouse 1887 aus den geheimen Regierungsfonds 5000 Franks erhalten habe. Natürlich gelogen. Die Wahrheit ist: einer der Direktoren der „Depêche“ hat bei der Wahl von 1887 durch den Präfekten der Haute-Garonne 5000 Fr. für Wahlkosten erhalten; die 5000 Fr. wurden jedoch weder in amtlicher Eigenschaft (sondern aus einem Privatwahlfonds) gegeben, noch für die „Depêche“ in Empfang genommen. Es handelte sich um einen durch die eigenthümlichen Parteiverhältnisse hervorgerufenen Wahlkompromiß, mit dem die „Depêche“ gar nichts zu thun hatte. Sie hat erwiesenermaßen von den 5000 Franks keinen Pfennig erhalten. Trotzdem läßt der Telegraph von der „Verleumdung“ eines „sozialdemokratischen Blattes“! —

Norwegen.

Christiania, 17. März. Das vor einiger Zeit vom Odelsting nach dreitägiger Beratung angenommene Gesetz zum Schutze der politischen Rechte und des Vereinslebens der Arbeiter, das äußerst harte Strafandrohungen gegen jede Beeinflussung durch Arbeitgeber enthält, ist heute vom Lagthing mit einer Stimme abgelehnt worden. Den Ausschlag gab der zur Linken gehörige ehemalige Staatsrath Akrup, der seine Partei im Stiche ließ und gegen das Gesetz stimmte. Im Lagthing wurde von der Rechten darauf hingewiesen, daß das Gesetz das Vertrauen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter erschüttern müsse und den Fachvereinen neue Waffen gegen die Arbeitgeber biete. Die Vorlage geht nun nochmals ans Odelsting zurück, von dem sie natürlich wieder unverändert ans Lagthing gesandt wird, worauf sich das ganze Storting mit der Frage zu befassen hat. Da aber eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich ist, kann sein Schicksal, nämlich aus der Welt geschafft zu werden, kaum zweifelhaft sein. —

Italien.

Rom, 26. März. Dem „Don Chisciotte“ zufolge ist Crispi heute vom Könige empfangen worden.

Dem Aussehen des Königs wird dieser Besuch kaum förderlich sein. —

Rom, den 23. März. (Sig. Ber.) Die Wahlen vom Sonntag, den 21. d. M., waren weder hervorgerufen durch eine parlamentarische oder eine Kabinettskrise, noch waren sie etwa bedingt durch Wünsche des Volkes; sie waren einfach veranlaßt durch den Willen des Ministers di Rudini, lediglich zu dem Zweck, eine ganz gefügige Kammer zu erhalten.

Erreicht ist aber schließlich nur das eine: Der Triumph der Sozialisten. Es war das die beste Antwort, welche die Partei den Konservativen und den Ministern auf ihre Angriffe geben konnte.

Guicciardini, Minister des Ackerbaues und des Handels hatte in einer Wahlrede gesagt: Die Apostel der Sozialisten haben ihre Prestige und ihre Autorität verloren; die Propaganda der Sozialisten hat ihre frühere Wirksamkeit eingebüßt und die Partei befindet sich in einer Periode der Ruthlosigkeit.

Und auf dieser Höhe oder besser Tiefe bewegten sich alle ministeriellen Reden, soweit sie sich bezogen auf den Sozialismus. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr Prinst, versicherte uns, daß die absolute Nullität der sozialistischen Doktrin allgemein erkannt sei, und daß die soziale Frage, die in der antiken Welt durch die Sklaverei gelöst (ist), in der modernen durch das Christenthum aufgehoben sei (ist), in kurzer Zeit ganz verschwinden gemacht werden könne durch sozialreformatorische Gesetze, die auszuführen — so fügte er hinzu — „unser Staat nicht genügend Geld hat“.

Dieselben Dummheiten werden natürlich auch von den Gegnern der Ministerien ausgesprochen, die überhaupt nicht weniger reaktionär sind, als jene.

Der Gymnast der Finanzen, Sonnino, meint, daß der sogenannte kollektivistische Sozialismus der größte Feind sei der Verödung der Klassen. Und Baccelli, der frühere Minister des öffentlichen Unterrichts, versichert uns, daß der Marxismus eine Utopie ist und der Klassenkampf ein Verbrechen.

Nachdem diese Herren so den Sozialismus vernichtet hatten, versprachen sie für soziale Gesetze zu sorgen, sie gehen aber gleichzeitig mit dem Plane um, ein Rural-Wahlsystem einzuführen, durch das der einfache Mann gegenüber den Reichen und Gebildeten benachteiligt würde. Auch ist ein Gesetz in Vorbereitung betreffend die öffentliche Sicherheit.

In diesem samoben Gesetz ist den Polizeibehörden die Macht gegeben, Personen, welche die Absicht zeigen oder dafür gewirkt haben, die gegenwärtige Eigenthumsordnung zu stürzen, bis zu 9 Jahre in das „domicilio coatto“ (Zwangswohnsitz) zu schicken.

Trotzdem oder vielleicht gerade wegen dieser wüsten Agitation ist der Triumph der Sozialisten unabweislich ein großer. Zu den 15 Deputirten, die wir bei der Hauptwahl durchgebracht, hoffen wir bei den Stichwahlen am 28. d. M. 5 neue hinzu zu erhalten.

In Turin hat unsere Partei einen ehemaligen Staatssekretär und in Florenz den Marquis Genovi, den Besitzer der größten Porzellanfabrik Italiens zu Fall gebracht. —

— Weitere Wahlnachrichten. „La Battaglia“, das Organ der Mailänder Sozialisten, giebt die bei der letzten Wahl für die sozialistischen Kandidaten abgegebenen Stimmen wie folgt an:

Lombardien	26 000
Piemont	26 000
Ligurien	7 000
Venedig	9 000
Emilia	14 000
Marken Romagna, Umbrien	30 000
Lazio	8 000
In den übrigen Provinzen	8 000
Zusammen	121 000

Natürlich können diese Zahlen als Schätzungen nicht auf absolute Richtigkeit Anspruch erheben.

Die Republikaner Mailands haben beschlossen, im 6. Mailänder Wahlkreise, wo der Genosse Professor Liccotti gegen einen Ministeriellen in die Stichwahl kommt, für den ersten einzutreten.

— Die unparteiische Justiz. In der Angelegenheit der Banca di Napoli beabsichtigte, wie wir einer römischen Meldung des „Berliner Tageblatts“ entnehmen, der Untersuchungsrichter, außer Crispi auch dessen Gattin Donna Lina Crispi, sowie die Wittve des einzigen Ministerpräsidenten Depretis vorzuladen. Höhere Einflüsse sollen indessen, wie die „Italia del Popolo“ mittheilt, das Vorgehen des Richters vorläufig verhindert haben. —

Amerika.

Washington, 26. März. Das Repräsentantenhaus hat alle Abänderungsanträge der Kommission zur Tarifbill angenommen. Die meisten Amendements betreffen unwichtigere Artikel aus dem Chemikalien-Verzeichniß. Dagegen verwarf das Haus unter mehreren Anträgen der demokratischen Partei auch ein Amendement, nach welchem alle Artikel auf die Freiliste gesetzt werden sollten, welche unter der Herrschaft von Truist stehen. —

Vom Tische des Bundesrats: Fürst zu Hohenlohe, v. Marschall, v. Boetticher, Niedberding, Graf Posadowski, Hollmann, v. Goller.

Die dritte Beratung des Reichshaushaltsetats für 1897/98 wird fortgesetzt bei den einmaligen Ausgaben des Militäretats.

Zur Debatte kommt zunächst die von der Budgetkommission beantragte Resolution:

Die Erwartung auszusprechen, daß bei Beschaffung der Kasernenbauten für die zwei neuen württembergischen Infanterie-Regimenter die in Weingarten vorhandenen Bauten verwendet und dadurch eintretende Ersparnisse an der hier gesforderten Bedarfssumme später zurückgerechnet werden.

Württembergischer Kriegsminister Schott v. Schottenstein: Seit langem ist es ein Bestreben der gesamten Heeresverwaltung, die Regimenter in einer Kaserne zu vereinigen. Die Einwirkung des Regimentskommandeurs auf die Erziehung des Offizierkorps, die Gestaltung des gesamten Dienstes, auch die Gleichmäßigkeit der Ausbildung wird durch die Vereinigung gefördert, durch die Zerstreueung geschädigt. Dazu kommen Rücksichten auf die Mobilmachung. Es ist nicht angebracht, im Plenum des Hauses die Mobilmachung eines Regiments zu zergliedern. Nur so viel will ich sagen, daß die Mobilmachung im wesentlichen darin besteht, aus den vorhandenen Friedensformationen ungefähr ebenso viel Gefechtsformationen zu bilden. Das würde durch die Zerstreueung erschwert werden. Ich kann Sie nur dringend bitten, die Resolution nicht zu beschließen.

Hg. v. Göttingen (Rp.) erklärt sich ebenfalls gegen den Antrag.

Hg. Rembold (B.) tritt für die Resolution ein im Interesse der Stadt Weingarten und bestreitet, daß die militärischen Interessen so groß sind, daß eine Schädigung von Weingarten notwendig sei.

Hg. Goller (Rp.): Die Frage scheint sich ja beinahe zu einer Staatsfrage auszuwachsen, trotzdem es sich doch lediglich um sachliche Erwägungen handelt.

Hg. Gröber (B.): Der württembergische Kriegsminister hätte doch dem Reichstag nicht entgegenzutreten sollen mit der Drohung, daß die Resolution nicht ausgeführt werden würde. Der Reichstag hat darüber zu beschließen, ob die Resolution angenommen wird oder nicht. Mit solchen Drohungen sollte man im Reichstag nicht kommen, ja nicht einmal im württembergischen Landtag. (Heiterkeit.) Der Reichstag bewilligt die Gelder nicht für Kasernenbauten überhaupt, sondern für Bauten an einem bestimmten Orte. Wenn nicht zwingende militärische Gründe vorliegen, haben wir immer den bürgerlichen Gründen den Vorzug gegeben vor den Wünschen der Offiziere; denn darauf kommt es schließlich einzig und allein hinaus. Für eine so kleine Stadt wie Weingarten spielt die Frage, ob dort ein Bataillon in Garnison liegt, eine größere Rolle als für eine große Stadt wie Ulm. Wenn das Bataillon in Weingarten bleibt, verliert Ulm nicht einen einzigen Soldaten, sondern bekommt nur neue Soldaten hinzu. Gegenüber der Drohung des Kriegsministers, daß die Resolution keine Folge gegeben werden solle, müsse der Reichstag dieselbe erst recht annehmen.

Württembergischer Kriegsminister Schott v. Schottenstein: Ich möchte doch für mich das Recht in Anspruch nehmen, daß die Erklärungen, die ich abgegeben habe, ernsthaft genommen werden. Wenn ich von der Mobilmachung gesprochen habe, so habe ich es gemäß meiner Ueberzeugung und meiner Pflicht gethan, und nicht, weil mir nicht etwas Geschickliches eingefallen ist. (Große Heiterkeit.) Herr Rembold besitzt nicht eine solche Kenntnis der Verhältnisse in Ulm, daß er die Wohnungen der Unterkoffiziere kritisieren könnte. Der Redner geht hierauf des näheren auf die Garnisonverhältnisse in Weingarten ein.

Hg. Gröber (B.) bestreitet, daß die Garnisonverhältnisse in Weingarten derartig seien, wie der Kriegsminister sie dargestellt.

Hg. Lieber (B.): Wir werden einstimmig für die Resolution stimmen. (Beifall im Centrum.)

Bei der Abstimmung stimmen das Centrum mit den Polen und Welfen, sowie die Sozialdemokraten für, die übrigen Parteien gegen die Resolution. Die Abstimmung bleibt zweifelhaft; die Zählung ergibt die Annahme der Resolution mit 185 gegen 99 Stimmen.

Für Beschaffung von Feldbahn-Material sind als erste Rate 212 000 M. gefordert, aber nur 600 000 M. bewilligt worden.

Hg. Bachem (B.) beantragt mit Unterstützung aller Parteien mit Ausnahme der Freireisigen und Sozialdemokraten, die Bewilligung auf 762 000 M. zu erhöhen.

Kriegsminister v. Goller: Ich kann den Antrag nur dringend befürworten.

Der Antrag wird angenommen. Im übrigen wird der Militäretat unverändert genehmigt.

Es folgt der Etat der Marineverwaltung.

Staatssekretär Hollmann: Ich lege mich genötigt, auf die Beschuldigungen zurückzukommen, die von der Sozialdemokratie gegen die Dienstverwaltung in Wilhelmshaven erhoben worden sind. Die sofort eingezogenen Berichte ergeben, daß die Verwaltung gegenüber den unbotmäßigen agitatorischen Elementen durchaus gefähig verfahren ist. Die Dienstverwaltung hätte ihre Pflicht verlehrt, wenn sie nicht mit aller Energie in diesem Falle eingeschritten wäre. Wir sind nicht militärisch und summarisch vorgegangen, aber Sie (die Sozialdemokraten) haben ein summarisches Verfahren gegen die Ober-Besatzungsleitung eingeschlagen und sie verurteilt, ohne daß Sie eine Untersuchung angestellt haben.

Hg. Liebermann v. Sonnenberg (Reform-P.): Auch mit Angelegenheiten würde ich die Ueberzeugung der Mehrheit nicht ändern. Ich will aber doch wenigstens feststellen, daß hinter der Mehrheit des Reichstages nicht die Mehrheit der Bevölkerung steht. (Widerspruch links.) Die vox populi stand diesmal nicht hinter der Mehrheit. (Widerspruch links.) Mit Ausnahme der sozialdemokratischen Wähler sind unter den Wählern der anderen Parteien sehr viele anderer Meinung gewesen, als ihre Vertreter im Reichstag. Ich bin ein Flottenwachwächter und bin niemals so stolz gewesen, ein Deutscher zu sein, als bei der Kanalenweihung beim Anblicke der deutschen Flotte. (Heiterkeit links.) Es mag ja für andere ein angenehmer Genuß sein, von der Gallerie des Frempalastes herabzublicken auf die murrende Produktendörse. (Heiterkeit.) Daß die Sozialdemokraten gegen die Marine-Ausgaben stimmen, beweist, daß die ganze Sache zum Nutzen des Reiches dient. Herr v. Bismarck hat gemeint, daß Deutschland genug habe an allen militärischen Lasten, solle die Abstimmung abweichen. Ich glaube nicht, daß die anderen Parteien in diesem Sinne abgestimmt haben.

Damit und die Zufuhr nicht abgeschnitten wird, müssen wir eine stärkere Flotte als jetzt haben. Wir hatten 1878 auch noch keine Kolonien. Die freie Fahrt auf den deutschen Meeren kann unsere Flotte nur dann schützen, wenn sie auf die hohe See dem Feinde entgegengehen kann. Zum Schutze des ausgedehnten deutschen Handels müssen wir auch mehr Schiffe haben, auch wenn wir keine abenteuerliche Politik treiben wollen. Wenn die Herren Wörmann und Senoffen den Reichstag erschrecken, die Flotte zu vermehren, so sollten sie auch dafür bezahlen. Dafür würde sich wohl eine Form finden lassen. Auch die großen industriellen Aktiengesellschaften könnten von ihren hohen Dividenden etwas hergeben. Da ist viel Geld zu nehmen. (Heiterkeit.) Aber die Landwirtschaft wird es sich nicht nehmen lassen, ebenfalls Opfer zu bringen, wenn ihre Vertreter der Vermehrung der Schiffe zustimmen. Gegen die Wehrsteuer würde niemand etwas geltend zu machen haben, wenn man die ärmeren Klassen davon frei ließe. Das von Windhorst angeregte Infanteriemonopol würde niemand schädigen. Jetzt haben nur die Juden das Monopol für Infanterie. (Lachen links.) Es ist ein Fehler, daß die Regierung mit ihren Forderungen aufgetreten ist, ohne an die Deckung zu denken. Deshalb sind auch die Marineforderungen keine Parole für die Auflösung, wenn wir auch trotz dieser Parole gestärkt wieder kommen werden. Die Regierung sollte sich entschließen zum energischen Schutze

der Landwirtschaft und zur Aufhebung der Judenemanzipation (Heiterkeit); dann würde sie den Reichstag bekommen, den sie braucht.

Hg. Legien (Soj.): In den Werften in Kiel wird streng darauf gesehen, daß politische Agitationen, wenigstens soweit es sich um sozialdemokratische Arbeiter handelt, nicht betrieben werden. Andererseits scheint aber die Praxis von der Marineverwaltung nicht inne gehalten zu werden. So wurden am 26. Februar von jedem Flügel einige Leute auf der Torpedowerkstatt in Friedrichsort zu dem Ingenieur Beck in dessen Laboratorium berufen und ihnen die hier schon besprochene Broschüre von Lorenzen verabsolgt mit dem Bemerkten, sie an ihre Mitarbeiter weiter zu verteilen und zum 1. Mai wieder zurückzuliefern. Meint man etwa, mit dieser Broschüre die sozialdemokratischen Arbeiter von der Meise abzubringen, so täuscht man sich. Dieses Nachwerk Lorenzen's kann und seinen Abbruch thun, im Gegenteil, ausländische bürgerliche Blätter meinen, damit sei der Sozialdemokratie eine scharfe Waffe in die Hand gegeben. Die Erörterungen darüber am Mittwoch haben nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Aber am wenigsten nützlich ist eine solche Verwendung der Broschüre wie in Friedrichsort. Mir wurde mitgeteilt, der Staatssekretär Hollmann habe diese Broschüre dorthin geschickt, es erscheint mir aber unwahrscheinlich, daß der Staatssekretär auf dieses Mittel verfallen sein sollte, daß Lorenzen an die Hand gibt. Ich bitte den Staatssekretär um Auskunft darüber. Auch bezüglich der Mittagspause ist zu klagen. Zwar ist den Arbeitern, welche in Kiel wohnen, eine Fahrgelegenheit von der kaiserlichen Werft geschaffen, aber die 1 1/2 Stunden der Mittagspause sind zu kurz, um den Arbeitern die genügende Ruhe geben zu können. Die Arbeiter haben wiederholt um eine Verlängerung um 1/2 Stunde gebeten. Ich habe oft gesehen, wie die Leute, um nicht einige Minuten zu verlieren, mit Lebensgefahr auf den Dampfer springen; es bleiben ihnen doch nur 20-25 Minuten, den weiter Wohnenden nur 10-15 Minuten zur Einnahme des Mittagessens. In den beiden Orten Eberbeck und Garden, die auf der Uferseite der Werft liegen, werden unerhört hohe Gemeindesteuern erhoben, und die finanziellen Verhältnisse der beiden Gemeinden werden sich noch mehr verschlechtern durch das neu bewilligte Trockendock. Es sind sogar als Beiführer für diese Orte 25 000 M. eingestellt, was lange das nicht deckt, was sie Jahr für Jahr an Schulden machen; dadurch wird also die Lage der Arbeiter dort verschlechtert, wie auch ein großer Theil der Bevölkerung von Kiel, Garden und Eberbeck sich gegen diese Neubewilligungen wendet, weil man weiß, daß dadurch die Lage der Arbeiter infolge des Arbeiterzustroms sich verschlechtern wird, da die Gemeindeausgaben steigen müssen. Also in Eberbeck und Garden können die Arbeiter nicht wohnen und die Mittagspause möchte verlängert werden. In der Antwort des Reichs-Marinecoms auf die Petitionen wurde die Verlängerung der Mittagspause zugestanden, die verlangte Verkürzung der Arbeitszeit aber abgelehnt. Damit waren die in Eberbeck und Garden wohnenden Arbeiter nicht einverstanden, weil sie geschädigt worden wären. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit hätte die Verwaltung keinen Schaden gehabt, weil die Arbeiten größtentheils im Accord gemacht werden. Ich möchte also die Marineverwaltung bitten, im Interesse der Gesundheit und der Familie der Arbeiter der Petition der Arbeiter nachzugeben, auch die Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten zu lassen, da den Werften ja nicht der geringste Schaden dadurch entsteht. Nun zu der dritten Angelegenheit, die das Marine- und Artilleriebudget betrifft. Wenn ich bei den beiden früher vorgetragenen Angelegenheiten voranschicken konnte, daß der Staatssekretär ohne vorherige Anfrägung eine Antwort erteilen könne, so muß ich hier wohl annehmen, daß er von der Sachlage keine Kenntnis hat.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen beim Artillerie- und Marine-depot haben einen äußerst geringfügigen Lohn, der ihnen vom Oktober v. J. ab noch weiter gekürzt worden ist. Die Löhne betragen bis 1890 im Sommer-Halbjahr 2,50 M., im Winter 2,30 pro Tag. Im Jahre 1890 wurden die Löhne erhöht auf 2,75 M. im Sommer und 2,50 M. im Winter, und diese Löhne sind nun vom 1. Oktober 1896 dadurch gekürzt worden, daß der Lohn pro Stunde mit 27 Pf. festgesetzt ist. Das bringt den Arbeitern einen großen pekuniären Nachtheil, der im Jahre etwas über 30 M. beträgt. Bei einem Tagelohn von 2,70 M. ist es kaum möglich, eine Familie zu erhalten. Es ist wiederholt betont worden, daß die Staatsverwaltungen Musteranstalten werden sollen; dann sollten sie doch wirklich den Privatunternehmern mit besserem Beispiele vorangehen und nicht die Arbeiter mit einem Tagelohn von 2,70 M. abspülen, die Arbeiterinnen sogar mit einem Lohn von 22 Pf. pro Stunde. Eine weitere Verschlechterung ist dadurch eingetreten, daß die frühere vierzehntägige Kündigungsfrist jetzt zwei Jahren auf drei Tage herabgesetzt wurde, und daß ferner, als die Lohnverkürzungen eintraten, sie fünfzig sein mußte, während in der Arbeitsordnung die Kündigungsfrist vorgelesen ist. Das entspricht keineswegs den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, nach welcher die Kündigungsfrist für beide Theile gleich sein muß. Dazu sind die Anforderungen an diese Arbeiter bei diesen äußerst geringen Löhnen ganz bedeutende. Und das für einen Stundenlohn von 27 Pfennigen! Für Ueberstunden werden nach der alten Arbeitsordnung, die jedenfalls noch nicht geändert ist, nach diesen neuen Lohnregelungen nur 10 Pf. bezahlt, an Sonn- und Festtagen 5 Pf. mehr. Dazu wird der Lohn nur alle 14 Tage ausbezahlt. Jedem Arbeiterhier giebt man die Gegenleistung in Form von Nahrungsmitteln vorher, den Arbeitern giebt man im allgemeinen die Möglichkeit, sich zu ernähren, erst 8 oder 14 Tage später oder einen ganzen Monat nachher, nachdem sie die Arbeit verrichtet haben. Die Arbeiter sind infolge ihrer ganzen wirtschaftlichen Lage genötigt, von Kredit und Schulden zu leben. Das weiß ein jeder, daß diese Art der Lebensführung viel ärger ist, als der Einkauf von Nahrungsmitteln und Genussmitteln gegen Baarzahlung. Wenn man einen Stundenlohn von 27 Pf. zahlt, sollte man die Arbeiter durch 14 tägige Lohnperioden nicht zwingen, in diesen 14 Tagen bis zur Lohnzahlung von Schulden zu leben. Es ist den Arbeitern verboten, Getränke mit in die Werkstätten zu nehmen, zum mindesten Bier oder Brauwasser. Andererseits hat die Depotverwaltung eine Kantine eingerichtet, während die Arbeiter, wenn sie sich das Bier selbst mitbringen könnten, besser wegläßen.

Das sind alles Bestimmungen der Arbeitsordnung, die für die Arbeiter überaus drückend sind. Und wenn nun noch hinzukommt, daß sie durch Lohnverkürzungen bis zum vollen Wochenlohn dafür verantwortlich gemacht werden, falls sie durch Ungeschicklichkeit an der Arbeit etwas verderben, so muß man sagen, die Lage dieser Artillerie-Depotarbeiter ist keineswegs eine derartige, daß sie der kaiserl. Werft und der Marineverwaltung eine besondere Ehre machen kann. Nach meinen Vorfahrungen werden Sie wohl erkennen haben, wie wenig die Meinung des Hg. Dr. Biehler, daß auf den kaiserl. Werften sozialdemokratischer Einfluß maßgebend ist, der Wahrheit entspricht. Es ist vielmehr das Gegenteil von dem, was Herr Biehler meinte, der Fall, die Arbeiter müssen sich wegen der Entlassung hüten, Einrichtungen der Werften zu tabeln. Bezüglich des Lorenzen'schen Buches ist eine Aufbauschung erfolgt, die Mittheilung über die Sache Geblert entspricht noch keiner Richtung des Thatsachen. Da hat sich Herr Dr. Biehler so fälschlich berichten lassen. Ich habe zu viel mit den Kieler Arbeitern verkehrt, um mir nicht ein Urtheil erlauben zu können, ich weiß aber nicht, woher Herr Biehler seine Informationen hat. Seine Bormärze gegen die Arbeiter der Werften sind ungeschicklich. Die Mehrheit der Arbeiter hat jedenfalls nicht das geringste gethan, um irgendwie den Lorenzen oder den Geblert zu beeinflussen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Hollmann: Im allgemeinen vertheile ich keine Bücher. Ich habe Fonds zur Verfügung, um die Arbeiterbibliotheken zu vermehren. Ich habe auch nichts dagegen, wenn die Werkstätten die Gelder verwenden zur Beschaffung von Büchern, unter anderem auch der Lorenzen'schen Schrift. Die Arbeiter der Kieler Werft sind bezüglich ihres Mittagessens in schlechten Verhältnissen. Es wird mit Hülfe des Bau- und Sparvereins versucht, Arbeiterwohnungen zu schaffen. Für die Arbeiter, welche in Kiel wohnen, ist ein Dampfer zur Verfügung gestellt, der von der Werft abfährt, während die Arbeiter sonst zur Fabrik gehen müßten.

Die Mittagspause ist verlängert worden, aber eine Verkürzung der Arbeitszeit können wir nicht vornehmen, wenn die anderen Unternehmungen längere Arbeitszeit haben. Die Löhne des Artillerie-depots sind richtig angegeben worden. Da bei Licht nicht gearbeitet werden darf, sind die Löhne im Winter natürlich niedriger als im Sommer. Wir werden es vielleicht wieder so einrichten, daß die Löhne gleichmäßig vertheilt werden. Der Frage, ob eine Erhöhung der Löhne notwendig ist, werde ich näher treten. Bezüglich der Beschäftigung von Sozialdemokraten habe ich mich schon ausgesprochen. Wir sorgen dafür, daß agitatorische Elemente nicht geduldet werden.

Hg. Förster-Neufelldin (Reform-P.): Der alte Liberalismus war viel flottenfreundlicher als der jetzige. Daß diejenigen, welche die Flottenvermehrung zustimmen, liebedienlicher nach oben sind, muß ich zurückweisen. Man sollte uns doch wenigstens als ehrliche Menschen betrachten, die lediglich ihrer Ueberzeugung folgen. Mit der steigenden Handelsmarine muß die Flotte verhärtet und verbessert werden, damit der Mannschaft nicht etwa durch einen einzigen Schuß die Schiffe unter den Füßen zerstört werden. Vor unseren Wählern haben wir bezüglich dieser Bewilligung keine Furcht. Ein Volk, welches jedes Jahr hunderte von Millionen für Schnaps übrig hat, hat auch Geld, um seine Flotte zu verbessern. Es kommt nur darauf an, wie die Steuern aufzubringen sind. (Rufe: Schluß! Unruhe.) Ich will nicht damit schließen, daß ich Sie auffordere, die Kreuzer heute zu bewilligen, sondern ich will nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Forderung bald wiederkommen wird.

Hg. v. Stumm (Rp.): Der Arbeiter Lorenzen ist wirklich eingetreten für die kaarterhaltende Tendenz. Ich muß bestreiten, daß die ausländischen Blätter seine Schrift getadelt hätten, sie ist im Gegentheil gelobt worden. So harmlos ist der Mann nicht behandelt worden, wie es von sozialdemokratischer Seite dargestellt worden ist. Ich muß die Marineverwaltung gegen die Bormärze seitens der Sozialdemokratie in Schutz nehmen. Die Aufgabe der Reichsverwaltung gegenüber der Sozialdemokratie ist nicht immer so aufgefaßt worden, wie seitens des Staatssekretärs Hollmann. Der Minister Thiele hat bezüglich der Reichs-Eisenbahnverwaltung erklärt, daß jeder, der agitatorisch für eine staatsmührende Partei thätig ist, in der Verwaltung nicht beschäftigt werden kann, mag die Agitation innerhalb oder außerhalb des Betriebes erfolgen.

Darauf wird die Diskussion geschlossen. Die ordentlichen Ausgaben werden ohne Debatte erledigt.

Zu den einmaligen Ausgaben bemerkt Staatssekretär Hollmann: Ich bin sicher, daß ich auf Ihre Zustimmung nicht mehr einwirken kann. Inzwischen ist mir aber die Ausrüstung eines hohen Herrn zugegangen, die ich Ihnen nicht vorenthalten will. Die Ausrüstung ging aus von dem Prinzen Friedrich Karl, der eine bedeutende Stellung in der Armee eingenommen hat als Heerführer. Er sagte, daß die politische Stellung, welche das Landwehr geschaffen hat, durch die Marine erhalten werden wird. Die Friedensgrundlage des para bellum würde bald brüchig werden, wenn wir nicht fremden Völkern zeigen könnten, daß wir stark sind. Wer in dem Weltkongreß mitwirken will, wird auch die großen Instrumente dazu schaffen müssen und ich hoffe, daß wir mit unserem Kontreba einen kräftigen Grundton abgeben werden, wenn wir mit unseren Kanonen erscheinen. Haben wir aber keine Schiffe, dann können wir uns an ferren Küsten nicht zeigen. (Zustimmung rechts.)

Bei den Ausgaben für eine Kaserne auf Helgoland beschwert sich Hg. Stadthagen (Soj.), daß die dort beschäftigten Arbeiter nach ihrer politischen Gesinnung gefragt und molestriert worden sind. Die Marineverwaltung sollte die Arbeiter dagegen in Schutz nehmen.

Hg. Bahr spricht der Marineverwaltung unter großer Unruhe des Hauses den Dank der kistenfahrenden Bevölkerung aus für gewisse Anordnungen, die seitens der Verwaltung getroffen sind.

Die einmaligen Ausgaben werden unverändert nach dem Beschlusse zweiter Lesung genehmigt.

Um 5 Uhr 10 Minuten wird ein Vertagungsantrag abgelehnt. Beim Etat des Reichs-Justizamtes führt

Hg. Dr. Schoenlant aus: Vor dem dritten Straffenat des Reichsgerichts in Leipzig fand eine Revisionsoberhandlung an. Der Schriftsteller Steiger war wegen angeblicher Gotteslästerung, begangen durch novelistische Skizzen in der „Neuen Welt“, verurtheilt worden. Die Verhandlung war eine öffentliche, und der Reichsgerichtsrath Reich verlas das Urtheil. Daraus erklärte einer der Richter, der Reichsgerichtsrath Schulte: Nun, der ist billig genug weggekommen! (Hört, hört! links.) Ich frage: entspricht es der Würde des höchsten Gerichtes, daß während der Verhandlung einer der Richter sein Urtheil in dieser Weise kundgiebt? Entspricht es der Objektivität und Unparteilichkeit, daß ein Richter mit einer vorgefaßten Meinung bei einer Verhandlung solche Ansichten äußert, der doch berufen ist, unparteiisch zu dieser Verhandlung zu kommen? Das Reichsgericht ist uns immer als das Ideal der deutschen Justiz hingestellt worden. Gerade die Parteien, die daran festhalten, daß die heutige Rechtsordnung erhalten, gestützt und vereinigt wird, die für Autorität eintreten, haben ein Interesse daran, daß derartige Vorgänge sich nicht wiederholen. Thatsächlich treten die Rechtsprüche des Reichsgerichts immer schroffer in Gegensatz zum Reichsbewußtsein des Volkes. Diese Ansicht haben nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Vertreter anderer Parteien. Hätte ein Angeklagter sich erlaubt, in dieser Weise etwa gegen den öffentlichen Ankläger oder das Gericht vorzugehen, so wäre er ohne Gnade sofort wegen grober Ungebühr in eine Ordnungstrafe genommen oder sofort in Haft abgeführt worden. Hier hätte der Vorsitzende ebenso handeln müssen, wie der Vorsitzende des Gerichts einmal gegenüber dem Berliner Polizeipräsidenten Hindelen: Herr Reichsgerichtsrath Schulte, das schickt sich nicht! Dieser Vorgang ist nur ein Symptom unserer Zustände.

Ich wollte den Staatssekretär noch auf eine Erscheinung hinweisen, die für gewisse Strömungen in unserer Judikatur von Bedeutung ist. Bis 1896 war in den Reichslanden ein Ober-Landesgerichtsrath Stenglein; von diesem Manne steht urkundlich fest, daß er als Vorsitzender des Schiedsgerichts für Alters- und Invalidenversicherung in Mülhausen das Gutachten eines Arztes, mit dem er persönlich zerfallen ist, daß zu gunsten einer Rentenbewilligung abzugeben war, auf das täuschlichste zerstückt und dem Arzt unterstellt hat, daß er einen Betrugsversuch gegen die Versicherungsanstalt geplant habe. Derselbe Stenglein war auch zerfallen mit einem Premierlieutenant Graf. Der Streit war gekommen durch Hülfe der Frauen. Stenglein hatte den Premierlieutenant so sehr, daß er ihn auf alle Weise provozirte und ihn zu einem Standal reizte, um ihn unmöglich zu machen. Der Offizier war durch seinen Ehrenlober gezwungen, den Ober-Landesgerichtsrath zu fordern. Dieser verweigerte die Satisfaktion, da der Lieutenant nicht satsifikationsfähig sei, und es ist dem Stenglein nicht gelungen, seinen mephistophelischen Plan, einen anerkannten Ehrenmann unmöglich zu machen, durchzuführen. Herr Stenglein ist auch vom Standpunkte des Strafgesetzbuches eine interessante Erscheinung. Er war von Jugend an behaftet mit einem schweren Herzeiden. Er wurde deshalb vom Militär freigelassen. Nun versuchte er bei mehreren deutschen Lebensversicherungs-Anstalten eine Lebensversicherung durchzuführen. Er wurde aber abgelehnt. Vor zehn Jahren gelang es ihm, eine Pariser Lebensversicherungs-Gesellschaft zu veranlassen, ihn aufzunehmen unter Vorweisung solcher Zthsachen. Er erklärte nämlich, daß er weder mit einer gefährlichen Krankheit noch mit einem schweren Gebrechen behaftet sei, daß er noch niemals von einer Lebensversicherungs-Gesellschaft zurückgewiesen sei und daß er militärfrei geworden sei, weil er sich militärfrei gelooft hätte. Die Versicherungsgesellschaft bekam Wind von dieser Geschichte und verklagte den Stenglein beim Gericht erster Instanz. Denken Sie, ein Richter wird wegen einer Handlung gegen § 263 des St.-G.-B. in einem Lande verklagt, das aber erst wieder gewonnen worden ist. Die Sache wurde publik, es wurde eine Disziplinaruntersuchung in Kolmar eingeleitet und das Disziplinargericht des Ober-Landesgerichts erkannte auf Amstetzung des Herrn Stenglein auf 9 Monate und Verweisung in eine andere gleich hohe Stellung. Der Ober-Rechtsanwalt in Leipzig

Kommunales.

Gegen die Errichtung von Schwindelbauten will die Behörde anstreben mit etwas mehr Energie als bisher vorgehen. Diejenigen Bestimmungen der neuen Baupolizei-Ordnung, durch welche dem Ueberhandnehmen der Mietkasernen mit ihren finsternen Höfen gesteuert werden soll, haben wir bereits mitgeteilt. Es sind aber außerdem in dem Entwurf noch einige Neuerungen enthalten, welche man im Interesse der Sicherheit und des Wohles der Hausbewohner nur gutheißen kann. Es wird unter anderem verlangt, daß die Gebäude, in allen Theilen nach den Regeln der Technik aus guten, zweckentsprechenden Baustoffen herzustellen sind, und die Behörde behält sich neben anderem auch die Festsetzung der Zahlen vor, welche der Festigkeitsberechnung zu Grunde zu legen sind. Ferner werden für gewisse Dächer Schutzvorrichtungen gefordert, die auch das Abfließen von Menschen verhindern, und Glasdächer sollen mit Drahtnetzen versehen sein, welche herabfallende Scheiben und Scherben auffangen. Ebenso sind die Vorschriften über Treppenanlagen wesentlich verschärft und u. a. dahin ergänzt worden, daß die Geländer ein Hindurchfallen von Kindern gänzlich ausschließen. Die Feuersticherheit der Baulichkeiten wird durch detaillirte Bestimmungen über die Anlage von Treppen, Feuerthüren, Schornsteinen und Decken erhöht und in lechter Beziehung zum Beispiel verboten, unbedeckte, gehobelte Holzdecken in anderen Gebäuden, als in solchen ohne Feuerungen (mit Ausnahme von Turn- und Wartebäumen, Ausstellungs-Gebäuden, Speichern zc. in Anwendung zu bringen. Was die spezielle Wohnhygiene anbelangt, so seien nur erwähnt die Vorschriften des § 17 über Lichtschächte (Lichtböden), deren Mindestmaß auf 5:2 Meter = zehn Quadratmeter erhöht wird, die des § 25 über Badestuben und Bedürfnisanstalten, die nicht mehr in die Lichtschächte ausmünden dürfen, die des § 26 über Viehhäute, für die eine respektvollere Entfernung von menschlichen Wohnungen als bisher, geboten wird zc. Aus alledem ersieht man, wie dringend wünschenswert es ist, daß die neue Baupolizei-Ordnung recht bald in Kraft tritt.

Die städtische Partheideputation hat gestern unter Vorsitz des Stadtraths Kochmann beschlossen, das Gesuch der Berliner Bau-Genossenschaft, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht um Zulassung eines weiteren fünfjährigen Bestehens ihres Zweifamilienhauses im Trepptower Park und mietweise Ueberlassung des erforderlichen Terrains abzulehnen. — Ingleichen lehnte die Deputation ab die Anträge der Anwohner und des Gemeindevorstandes von Markus bezüglich Regulierung und Bepflanzung des Platzes um die Auf-erhebungskirche eventuell im Zusammenhange mit derjenigen vor der Schule.

In bezug auf die Abänderung des zwischen Straße 1 und der Ringbahn sowie zwischen Schönhauser Allee und der Straße 9 belegenen Theiles des Bebauungsplanes XI hat der Magistrat die Stadtverordneten-Versammlung ersucht, sie möge sich damit einverstanden erklären, daß nach Abgabe des vorgelegten Projekts: 1. längs der königlichen Ring-Eisenbahn von Schönhauser Allee bis Straße 9 eine neue Straße 12a angelegt wird; 2. die im Bebauungsplan bereits vorhandenen Straßen 18, 14 und 15 über die Straße 12 hinaus bis zur Straße 12a verlängert werden, 3. zwischen den Straßen 14 und 15 zur Verbindung der Straße 11 und 12 eine neue Straße 15a angelegt wird, 4. die Breite der Straße 14 und 15 von 26,40 auf 22 Meter verringert wird, 5. Platz II eingetilt und an Stelle desselben zwischen den Straßen 11, 12, 14 und 15a der Platz H angelegt wird und daß zunächst die für die vorstehend unter 1-5 ausgeführten Straßenanlagen entsprechenden Fluchtlinien festgelegt werden.

Die städtische Verkehrs-Deputation hat der Direktion der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn-Gesellschaft die Erlaubniß erteilt, auf ihrer Hauptstrecke Westend-Kaspergraben den Akkumulatorenbetrieb einzurichten. — An die Deputation ist neuerdings eine mit vielen Unterschriften versehene Petition gerichtet worden, in der die Bitte ausgesprochen wird, die am Gröben-Ufer unweit der Oberbaum-Brücke aus Anlaß der vorjährigen Gewerbe-Ausstellung neu erbaute Dampfer-Anlegestelle freizugeben oder mindestens den für dieselbe angenommenen Tarif bedeutend zu ermäßigen.

Der Kaiser hat zu der von den städtischen Behörden beabsichtigten Festsetzung von Baufluchtlinien für die Verlängerung der Schwarzkopffstraße von der Pfugstraße bis zur südwestlichen Grenze des Geländes des Stettiner Bahnhofs die Genehmigung erteilt.

Lokales.

Eine überaus wichtige Versammlung, die zur Proletarierkrankheit, der Schwindelucht, und speziell zur Volksheilthätenfrage Stellung nehmen soll, findet am Dienstag, abends 8 1/2 Uhr in der Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57, statt. (Siehe Annonce in heutiger Nummer.) Es muß als ein sehr glücklicher Gedanke bezeichnet werden, daß sämtliche dafür in Frage kommenden sozialpolitischen Faktoren zu gemeinsamer Beratung einberufen sind. Invaliditäts- und Altersversicherung-Anstalt, Krankenkassen und Ärzte sollen nach gemeinsam festgelegten Prinzipien vorgehen, um der Schwindelucht, die alljährlich in Deutschland ca. 160 000 Menschenleben, größtentheils Arbeiter, zum Opfer fallen, entgegenzutreten. Die Belastung der Krankenkassen durch die Proletarierkrankheit ist eine enorme. So zeigt beispielsweise der letzte Rechenschaftsbericht der Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe, daß 1895 von 119 überhaupt Gestorbenen 65 Lungenkrankheiten, davon 56 der Schwindelucht erlegen waren. 84 217 M. hatte diese eine Klasse allein 1895 für Lungenkrankheiten aufzunehmen. Und ähnlich, oft noch viel schlimmer ist es bei allen Klassen. Fälle, wo ein einzelner Schwindelkranker, bevor er nach schrecklichen, qualvollen, sich über Jahre erstreckenden Leiden erliegt, der Kasse tausend und mehr Mark gefloßt hat, lassen sich zahllos anführen. Es ist geradezu eine Lebensfrage für die Krankenkassen der Industriezentren und für ihre gebrüchliche Entwicklung von größter Bedeutung, daß in der Schwindelkrankenbehandlung andere Wege als bisher eingeschlagen werden. Zur Agitation für diesen Gedanken, zur Zusammenfassung sozialpolitischer Kräfte, die vereinzelt nichts dieser Segel der Menschheit gegenüber vermögen, soll diese Versammlung führen. Vorstand und Ausschuß der Invaliditäts- und Altersversicherung-Anstalt Berlin haben ihre Betheiligung zugesagt, ebenso der Volksheilthätenverein; desgleichen wird die Kasse vertreten sein, deren Vereinigungen sämtliche Einladungen zugegangen sind. Mögen deshalb auch die Vorstände und Verwaltungsbeamten der Krankenkassen recht zahlreich erscheinen und die Gelegenheit, ihren Wünschen gewichtigen Nachdruck zu geben, nicht vorübergehen lassen.

In einer großen Qual ist, wie uns nachträglich mitgeteilt wird, für eine Anzahl Militär-Invaliden die Mittheilung am „Festtage der Bürgerschaft“ geworden. Ueber die Auffahrt der „Kette der Krieger“ wurde, am Dienstag Abend in einem hiesigen Lokalblatte geschrieben:

Die alten Veteranen, welche Mitglieder des Deutschen Krieger-Bundes sind, und theils durch im Kriege erhaltene Verletzungen, Krankheit und Altersschwäche nicht mehr im Stande waren, sich an dem Festzuge zu betheiligen, wurden heute früh 9 Uhr von der Kaserne des 2. Garde-Regiments zu Fuß, wo sich dieselben versammelt hatten, durch das Vorstandsmitglied des I. Bezirks des deutschen Kriegerbundes Herrn Westphal in Wagen abgeholt und nach der neben dem Denkmal Kaiser Wilhelm's belegenen Tribüne gefahren, um dem Festzuge beizuwohnen. Der

Deutsche Kriegerbund hatte für die alten Kameraden in überaus freundlicher Weise gesorgt. Letztere Mittheilung wird uns von einem Kriegsveteranen als in jeder Beziehung unwahr bezeichnet. Die alten Krieger, etwa 800 an der Zahl, welche sich in der genannten Kaserne versammelt hatten, wurden nicht zu Wagen zum Denkmal geföhrt, sondern mußten trotz ihrer zum theil arg vorgeschrittenen Invalidität zu Fuß gehen. Aber damit nicht genug. Während die übrigen Herrschaften trotz ihrer körperlichen Klaffigkeit es sich auf Bänken bequem machen konnten, haben die Invaliden, denen man die Tribünen IV und II hinter und neben dem Denkmal angewiesen hatte, während der ganzen Zeit des Festzuges und seiner Vorbereitungen, also fast drei Stunden hindurch, stehen müssen. Diese Strapaze brachte für die invaliden Krieger eine derartige Anspannung mit sich, daß nach Beendigung der Feier manche Personen aus dem Publikum den maroden Leuten Geld zusteckten, damit sie wenigstens nach Hause fahren konnten.

Ist das noch die geistige Leibgarde der Hohenzollern? Die „Berliner Ztg.“ schreibt: Gegen die Bezeichnung „Wilhelm der Große“ hat jetzt auch die Akademie der Wissenschaften Stellung genommen. Bei der vorgestrigen Feier hatten zwei Redner, Geheimrath Waldeyer und Professor Lenz, Gelegenheit, häufig den Namen des alten Kaisers zu erwähnen. Aber immer geschah es unter der Bezeichnung Wilhelm I. und nicht „der Große“. Auch in seiner Gedächtnisrede ließ Professor Lenz durchblicken, daß der Kaiser wohl alle menschlichen Tugenden besaß, daß aber die Macht der Verhältnisse, die siegreichen Thaten des Volkes und die staatsmännische und strategische Bedeutung seiner Rathgeber ihn zu seinen geschichtlichen Thaten drängten.

Welche patriotischen Unternehmer zahlen ihren Arbeitern nicht den schuldigen Lohn für die ihnen aufgezwungenen Feiertage? Die Eisenwerke und Automatenfabrik von Ubrig u. Co. in Westend hat ihre Arbeiter zwei Tage lang, am Montag sowohl als am Dienstag feiern lassen, ohne ihnen den schuldigen Lohn zu zahlen. Beim Sedanmahl machte die Firma es ebenso.

Auf dem Bau des Hotelbesizers Uhl, Unter den Linden 6, haben die vom Regierungs-Baumeister Jause beschäftigten Maurer und Maurer-Arbeitsleute, etwa 65 an der Zahl, ebenfalls am Montag und Dienstag unfreiwillig feiern müssen, ohne daß es dem Regierungs-Baumeister eingefallen ist, den Leuten den Lohn zu zahlen, den er ihnen für diese beiden Tage schuldet. Auf dem Bau besteht die wunderliche Methode, daß die Arbeiter angeblich der Hotelgäste wegen, erst um 9 Uhr morgens beginnen dürfen und dann bis abends 7 1/2 Uhr arbeiten müssen.

Der deutsche Kaiser erläßt im „Reichs-Anzeiger“ eine Danksagung an alle, welche die hundertjährige Wiederkehr des Geburtstages seines hochseligen Vaters Großvaters mit Begeisterung gefeiert haben. Die Belohnung schließt: „Auch meine Kräfte gehören dem Vaterlande und hoffe ich zu Gott, daß er auch mich und meiner Regierung seine Gnade zu theil werden lassen und das deutsche Volk auf friedlichen Bahnen zu einer gesunden Weiterentwicklung führen wird.“ Am Freitag war der Kaiser in der deutschen Versuchsanstalt für Handfeuerwaffen in Halensee. Als der dort beschäftigte Major Thiel darüber klagte, daß die Arbeiter und Versuchsergebnisse von der Jägerwelt und namentlich von den meisten Büchsenmachern zu wenig geschätzt würden, entgegnete der Kaiser, er wisse aus eigener Erfahrung, wie schwer es halte, jemanden zu überzeugen; denn es gäbe leider zu viel Leute, die sich nicht überzeugen lassen wollten. Man müsse eben Geduld haben und sich die Mühe nicht verdrießen lassen.

Nicht Noß noch Reifige, sondern auch Kriminalbeamten auf dem Zweirade schenken Kaiser Wilhelm II., wenn er spazieren fährt. Wenigstens berichtet die „Berl. Ztg.“: Daß dem Kaiser bei seinen Spazierfahrten stets mehrere Kriminalbeamten auf dem Zweirade folgen, dürfte nur wenig bekannt sein. Die Beamten müssen sehr gute Radler sein, denn der Wagen des Kaisers fährt bekanntlich stets im schärfsten Trab. Als gestern ein elegant gekleideter Herr dem Kaiser auf seiner Spaziersahrt im Thiergarten eine Witschrisl in den Wagen warf, wurde er sofort von radsahrenden Kriminalbeamten festgenommen.

Frei nach Goethe veröffentlicht der „Kladderadatsch“ das folgende Frühlingsgedicht: „Gesunden. Von Herrn v. Stumm. Im Thiergarten ging ich — So für mich hin, — Keinen zu suchen, — Das war mein Sinn. — Da lirt und lirt es, — Es blüht und blüht; — Schon werd' ich huldvollst — Herangehinkt. — In Ehrfurchtschauern — Lausch' ich beglückt. — Wie das Gedröhre — Mich hold bedrückt! — Nicht schweigen kann ich, — Es muß herank. — Drum raschen Schrittes — Zum Reichthagshaus! — Da schwach' ich wichtig — Rauch leises Wort; Nun wachst und wuchert's — Und blüht so fort.“

Dem Berliner Aquarium schickte die kaiserliche Fischzuchtanstalt Hünningen im Elsaß 300 Stück Kalbrut, welche das mittlere Becken an der Treppe aufgenommen hat, wogegen in einem Brutschiff der angrenzenden „Künstlichen Fischzucht“ 2000 erbsengroße, vom Deutschen Fischerei-Verein dem Institut überwiesene Laich-Eier untergebracht sind, um hier vor den Augen der Besucher ihre mehrere Wochen oder Monate in Anspruch nehmende Entwicklung durchzumachen. Die Gruppe der meist durch ihre leuchtenden Farben auffallenden Meeresschwämme ist um eine gelbliche, fast kugelförmige Spezie, eine Tetra, die Abtheilung der Krebskrebse außer durch gewaltige Meer-spinnen (Maja) durch eine langschnabelige Krabbe (Stenorhynchus), deren dreieckige Kopfbrust auf ganz ungewöhnlich langen meist dicht mit Algen besetzten Beinen hoch über dem Boden ruht und daher die Bezeichnung „Spinnenkrabbe“ rechtfertigt, vermehrt worden.

In der neuen Urania in der Taubenstraße wird die ganze Woche hindurch der neue dekorative hiesig angefertigte Vortrag „Der Kampf um den Nordpol“ gegeben. — Das Repertoir der Urania in der Invalidenstraße ist folgendes: Sonntag, Professor Müller: „Die Farben im Kampf um Ostasien“; Montag, Herr G. Witt: „Van des Westphalens“; Dienstag, Herr Dr. Schwahn: „Ueber die Entstehung der Welt“; Mittwoch, Herr Professor Müller: „Das Hünningen im Elsaß“; Donnerstag und Sonnabend, Herr Dr. Spies: „Neue Forschungen mit flüssiger Luft“; Freitag, Herr Dr. Schwahn: „Bilder aus dem Weltall“.

Warnung! Bei nahe täglich wird uns von solchen, die Versicherungsanträge, Verpflichtungsscheine für Brockhaus' oder Meyer's Lexika und dergleichen unterschrieben haben, mitgeteilt, daß sie erst nachträglich gesehen haben, wozu sie sich verpflichtet haben, und angefragt, ob sie zurücktreten können. Die betreffenden erklären häufig, sie hätten allerdings unsere wiederholten Warnungen gelesen, nicht zuzuschreiben, was nicht genau durchgesehen und seinem ganzen Inhalte nach verstanden ist, auch auf mündliche Besprechungen jüngerer Leute nicht zu geben, aber sie hätten durch die Redensarten des Agenten schließlich sich fangen lassen. Wir wiederholen deshalb ausdrücklich unsere Warnung — nach der abgelohten Unterschrift läßt sich fast nie mehr helfen.

Die Berliner Verkehrsanstalt (Schwarz-weiß-rothe Briefkasten) scheint für ihren Geschäftsbetrieb höchst merkwürdige Grundzüge zu befolgen. Ein in Halensee bei Berlin wohnhafter Herr erhielt durch die Berliner Verkehrsanstalt am 25. d. M. eine Kreuzband-Sendung zugesellt, die bereits am 18. d. M. aufgegeben war. Der Ankunftsstempel trug die Bezeichnung „Charlottenburg“, das Datum im Stempel war offenbar absichtlich verwischt, um die verspätete Zustellung nicht erkennbar zu machen. Der Empfänger dieser Sendung theilte noch an demselben Tage der Direktion der genannten Anstalt diesen Sachverhalt mit, schickte das Kreuzband als Betrag ein und bat um Remede für künftige Fälle. Darauf ist ihm nun das folgende Schreiben zugegangen:

„Im Besitze Ihres Briefes vom 25. März 1897 diene Ihnen zur Nachricht, daß Halensee außerhalb unseres Bestellbezirktes liegt

und nur aus gutem Willen vom Filialvorsteher bestellt wird, wenn mehrere Sachen vorliegen. Daher die Verspätung. Hochachtung per Berliner Verkehrsanstalt (eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht). Hoffmann.“

Das scheint uns aber doch für diese moderne Verkehrsanstalt ein höchst sonderbarer und ganz unzulässiger Grundsatz zu sein. Aus „gutem Willen“ verlangt kein Mensch seine Postsendungen zugesellt zu erhalten, sondern er verlangt dies als sein gutes, im Wege der gerichtlichen Klage erzwingbares, durch die Frankierung erworbenes Recht, — und zwar hat die Zustellung spätestens am Tage nach der Aufgabe, nicht aber nach sieben Tagen zu erfolgen. — Wenn die Anstalt nach bestimmten Orten nicht bestellt, so mag sie das genügend bekannt machen, dorthin gerichtete Sendungen entweder gar nicht annehmen oder zurückgeben, — jedenfalls aber nicht sie acht Tage lang ansammeln und dann einmal gelegentlich, wenn genügend beisammen sind, aus gutem Willen des Filialvorstehers stellen zu lassen.

Die Kellner in den D-Jügen Berlin-Röln. Der Bahnhof-Wirth Herr Gustav Risselmann hat Veranlassung genommen, sich über die im Betriebe der sechs D-Jüge vorherrschenden Zustände berichten zu lassen. In der uns vorliegenden äußerst umfangreichen Berichterstattung werden die gesammelten Geschäftsgepflogenheiten von seiten des Geschäftsführers sowie des Kontrolleurs des benannten Betriebes erläutert und hervorgehoben, daß die seinerzeit in unserem Blatte von seiten der interessirten Kellner aufgestellten Behauptungen der Wahrheit nicht entsprechen. Unterm 20. Januar er. brachten wir bereits eine Berichtigung des Geschäftsführers Herrn K. K. K., so daß ein weiteres Eingehen auf die Sache selbst überflüssig erscheint.

Aus Nahrungsergen hat der 44 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Rückert aus der Freienwalderstr. 7 seinem Leben ein Ende gemacht. Rückert, der seit sechs Jahren Wittwer war und seit einem halben Jahre in dem genannten Hause ein Stübchen bewohnte, arbeitete zuletzt auf einem Holzplatze, fand aber seit vier Monaten keine Beschäftigung mehr, weil er, nach seiner Angabe infolge eines früher erlittenen Rippenbruchs, nicht jede Arbeit verrichten konnte.

Ausgesetztes Kind. In der Nacht zum 22. d. M. ist in den Anlagen des Unionsplatzes an der Birkenstraße ein neugeborenes, noch lebendes Kind, männlichen Geschlechts, in zwei Rückenhandtücher mit rothgestreifter Kante, einem rothlarrirten und einem weißen Kopfschleier und graues Packpapier eingewickelt, aufgefunden worden. Der Befund des Kindes deutet darauf hin, daß die Geburt ohne Hinzuziehung einer mit der Geburtshilfe vertrauten Person stattgefunden hat. Nach der Mutter wird polizeilich geforscht.

Blindheit erblinnet. Dem städtischen Waisenhanse, Alte Jakobstraße 33, ist gestern ein Knabe im Alter von 13 Jahren zugeführt worden, der vor zwei Tagen plötzlich das Augenlicht verloren hatte. Er war, wie berichtet wird, bis dahin im ungeschwächten Besitze seiner Sehkraft und wachte am Donnerstag Morgen erblindet auf. Das unglückliche Kind sollte am 1. Oktober bei einem Goldarbeiter in die Lehre treten.

In dem Betrugsversuch gegen die Darmstädter Bank wird noch gemeldet, daß Grethe K. bei ihren Vernehmungen durch den Untersuchungsrichter bei der Behauptung verharret, daß sie einen Mitschuldigen nicht besitze. Doch diese Behauptung aber auf Unwahrheit beruht, steht außer allem Zweifel. Der Namenszug unter der gefälschten Quittung ist der Unterschrift des Mitinhabers der Firma Glavier u. Co., Herrn Dewy, nachgebildet und die Fälschung mit feiner Hand so vorzüglich ausgeführt, daß jede Möglichkeit einer Feststellung der Unterschrift durch die A. ausgeschlossen ist. Da auch die Eltern der K., durchaus achtbare Leute, vom Vorfall keine Kenntniß hatten, so erscheint es fast unabweisbar, daß ein Diebhaber des Mädchens hinter der Fälschung steckt.

Von dem Doppelmord eines Berliner Ehepaars in Köln war gestern berichtet worden. Der Fall hat nunmehr seine Aufklärung gefunden. Der Selbstmörder ist der Handlungsreisende Appelbaum aus Berlin, welcher in dem Pelzwaaren-Geschäft von Wolff in Stellung war. A. ist seit ca. einem Jahre mit einem Mädchen in Berlin verlobt, und die eheliche Verbindung des Paares sollte in kürzester Zeit erfolgen. Trotzdem hat er eine Hebschaft mit einem Mädchen unterhalten, welches als Wirthschafterin in Köln in Stellung war. Allen Anschein nach vermochte er das Verhältniß mit der Geliebten nicht abubrechen und beschloß deshalb mit ihr gemeinschaftlich zu sterben.

In seinem eigenen Lokal ist der in der Gollnowstraße wohnende Sattlermeister S. von einem Leichenfledderer bestohlen worden. S. hatte in stiller Bescheidenheit ein Nachmittagsgeschläfchen gemacht und wurde beim Erwachen gewahrt, daß ihm ein Portemonnaie mit 100 M. Inhalt aus der Tasche gestohlen worden war.

Die beiden Einbrecher im Luckwald'schen Juwelengeschäft Schmidt und Hertel, bleiben bis zu ihrer Aburtheilung in Hamburg. Der Prozeß hier in Berlin wird gegen Schmidt, Hertel und die jüdischen Hehler Rosenzweig und Samkowie gemeinschaftlich stattfinden. Die beiden letztgenannten Hehler sitzen noch in Wien in Haft, die Auslieferungs-Verhandlungen dürften aber schon in den nächsten Tagen beendet sein.

Das Tempelhofer Ufer zwischen der Schöneberger Straße und der Ueberführung der Bahnhüter Eisenbahn wird wegen Umpflasterung vom 29. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Bei einer jener Schlägereien, wie sie in der gegenwärtigen Zeit der mordpatriotischen Erinnerungen nur zu allfäufig sind, wurde vorgestern Abend der dreizehnjährige Sohn eines Handelsmannes in der Landsbergerstraße so unglücklich durch einen Stein an der Hand getroffen, daß der Mittelfinger der rechten Hand zerbrach.

Unter dem Verdacht des Kindesmordes wurde die 16jährige Franziska P. verhaftet. Sie hat gestern auf einem Abort des Grundstückes Schützenstraße 4 einen Knaben geboren und ließ das Kind in dem mit Wasser angefüllten Becken liegen, so daß es anscheinend ertrank.

Eine aufregende Szene spielte sich am Freitag Nachmittag im Lustgarten ab. Die 68 Jahre alte Wittwe Wilhelmine Ehrle geb. Böckmann, die bei ihrem Schwiegersohn, dem Lehrer Witzel in der Neuen Friedrichstr. 36 wohnte, ging mit ihrer 4jährigen Enkelin Edith Witzel auf dem Heimwege von einem Einkauf bei Werron durch den Lustgarten. In der Nähe des Denkmals Friedrich Wilhelm IV. brach sie zum Entsetzen des laut aufschreienden Keinen Mädchens plötzlich zusammen und kam nicht wieder zu sich. Unter einem großen Menschenauflauf brachten zwei Schulleute die Kranke nach der Unfallstation V in der Brüderstraße, wo sie bald nach der Einlieferung an einem Herzschlag starb. Die Enkelin brachte ein dritter Schulmann mit einer Droschke in die Wohnung der Eltern.

Selbstmord aus Lebensüberdruß. Erschossen hat sich auf dem Landsbergerplatz der 24jährige, in der Schwitz geborene Tischler Alfred Kähr aus der Köpenickerstr. 157. A. jagte sich aus einem Revolver eine Kugel in das Gehirn und verstarb eine halbe Stunde später im Krankenhaus Friedrichshain. Man fand bei ihm einen Brief, worin er sagt, daß er das Leben ganz kenne und aus Lebensüberdruß sterbe. Außer seinen Eltern beweinte ihn niemand.

Aus den Nachbarorten.

Den Rixdorfer Parteigenossen hierdurch zur Kenntniß, daß die gestern an dieser Stelle angelegte Flugblattverbreitung heute (Sonntag) Umhänge halber nicht vorgenommen werden kann.

Zum Oberbürgermeister von Potsdam ist der bisherige zweite Bürgermeister Jähne gewählt worden.

2. Wahlkreis.
Am Dienstag, 30. März, abends 8 1/2 Uhr, in Habel's
Brauerei-Ausschank, Bergmannstr. 5-7:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Richard Fischer über:
„Reaktionäre Pläne“. 2. Diskussion. 3. Beschlußfassung über die dies-
jährige Reichstags-Wahl eines Komitees. 211/8
Um zahlreichen Besuch bittet
Die Vertrauensperson.

2. Wahlkreis.
Sonntag, den 28. März 1897, abends 6 1/2 Uhr, bei Zabel,
Hardenbergstr. 106:
Öffentl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen Dr. med. L. Ratkowsky über: „Ge-
schichtsfragheiten und deren Folgen“. 211/9
Nachdem: Geselliges Beisammensein. — Eintritt 10 Pf.
Um regen Besuch bittet Die Vertrauensperson.

VI. Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt).
Sonntag, den 28. März, abends 6 Uhr,
im Lokale von Horschel, Schönhauser Allee No. 28:
**Öffentliche Versammlung
für Männer und Frauen.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag von Dr. Friedberg über: Die erste Hilfe bei
Unfällen. 2. Diskussion. — Nachdem: Gemüthliches Beisammensein.
Um recht zahlreichen Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann.

Sozialdemokrat. Verein „Vorwärts“ Berlin.
Dienstag, den 6. April 1897, abends 8 1/2 Uhr,
in Bernhard Raabe's Salon, Kolbergerstraße 23:

General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes, des Kassiers
und der Revisoren. 4. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren. 5. An-
träge. 6. Verschiedenes. 274/18
Die Mitglieder werden ersucht, etwaigen Wohnungswechsel bei der nächsten
Zahlstelle bekannt zu geben.
Der Vorstand.

Bildungsverein „Wehr Licht“
(früher Ethische Gesellschaft).
Sonntag, 28. März, abds. 7 Uhr, Alexanderstr. 27c
im großen Saal: 56/10

Versammlung.
Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Dr. Lütgenau über: „Der
Darwinismus und die Gesellschaftswissenschaft“. Diskussion. — Darauf:
Geselliges Beisammensein und Tanz.

Stuckateure!
Montag, den 29. März, abends 8 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33
Große öffentliche Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum 1. Mai. 2. Wahl eines Delegierten zum Kongreß
der Isolatorien der Gewerkschaften Deutschlands. 3. Gewerkschaftliches.
Kollegen! Agitiert für regen Besuch der Versammlung. Derselbe wird
pünktlich eröffnet.
179/12
Der Vertrauensmann.

**Kranken - Unterstützungs - Bund
der Schneider.**
Das Bureau befindet sich vom 1. April ab Annenstr. 9, part.
Ebendort ist das Auskunfts- und Arbeitsnachweises-Bureau der
Schneider und Schneiderinnen Berlin.
106/5
Die Ortsverwaltung.

Schuhmacher!
Montag, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr:
2 große öffentliche Versammlungen.
1. Cohn's Festsäle, Benthstr. 20.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten
Dr. Lütgenau über: Die Schule, wie sie ist und wie sie sein soll“. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Reichstags-Wahl. 4. Verschiedenes.
2. Möring's Lokal, Admiralstr. 18c:
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Th. Wegner über
Zweck und Nutzen der Organisation“. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur
Reichstags-Wahl. 4. Verschiedenes. 171/19
Agitations-Kommission der Schuhmacher Berlin.

Fachv. der Musikinstrumenten - Arbeiter.
Montag, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn J. Henke, Ranninstr. 27:
Werkstatt-Delegierten-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Beschlußfassung und Regelung der Unterstufungen. 142/7
2. Wie feiern wir den 1. Mai?
Die Kollegen werden ersucht, zu dieser Versammlung aus ihren Werk-
stätten Delegierte zu senden.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Dienstag, den 30. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Benthstraße Nr. 21:
Branchen-Versammlung der Klempner.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Regelung des Arbeitsnachweises. 4. Ver-
schiedenes. — Um zahlreichen Erscheinen ersucht
121/10
Die Ortsverwaltung.

Metallarbeiter!
Montag, den 29. März, abends 8 Uhr:
2 große öffentliche Versammlungen
im Kösliner Hof, Köslinerstr. 8,
und in Keller's Festsälen, Koppenstraße Nr. 29.
Tages-Ordnung:
Stellungnahme zu den Fabrikanten, welche am 22. März feiern
sollen ohne Bezahlung. 118/19
Referenten: Paul Litsch und Otto Nähler.
Die Vertrauensleute werden ersucht, an den Unterzeichneten sofortige
Mittheilung zu machen, in welcher Weise in ihrer Werkstatt die Centenar-
feier begangen, bzw. ob begangen worden ist oder nicht.
Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.
Otto Reuber, N., Aufseherstr. 44.

L. Keller's Festsäle, Koppenstraße Nr. 29.
Heute, abends 8 Uhr:
Großer Sänger - Wettstreit
von 8 Mannschaften. 137/22

Männer! Frauen!
Volks-Versammlung
am Montag, den 29. März, abends 8 Uhr,
im Konzerthaus „Saussoeu“, Kottbuser-Strasse 1a.
Tages-Ordnung:
1. Sozialdemokratie und Kirche. Referent: Reichstags-Abgeordneter
Dr. Lütgenau. 2. Freie Diskussion.
Die Herren Geistlichen der umliegenden
Kirchen und Synagogen, sowie Herr Prediger
Dr. Schulze von der Herz Jesu-Kirche, sind
hierzu brieflich eingeladen.
1186/5
Ad. Hoffmann, Blumenstr. 14.

Protestversammlung
Montag, den 29. März, abends 8 Uhr,
in der Brauerei Friedrichshain (Eips), am Königsdamm:
**Die Folterungen
in Barcelona.**
Bebel's Interpellation im Reichstage. 1187/6
Neue Originalbriefe von Gefolterten und
zum Tode Verurtheilten. Der Einberufer.

Arbeiter-Bildungsschule.
Sonntag, den 28. März, abends 1/2 7 Uhr, in Cohn's
Festsälen, Benthstr. 20:
Versammlung.
Vortrag des Herrn Dr. Lux über: Technische
Fortschritte im letzten Jahrzehnt.
Nach dem Vortrag: Gemüthliches Be-
sammensein und Tanz, zu dem nur noch Mit-
glieder mit ihren Angehörigen Zutritt haben.
Eintritt 10 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet
5/17
Der Vorstand.

Achtung! Große öffentliche Achtung!
kombinierte Versammlung
der Berliner Metzgerei, der Krankenkassen-Vorstände und
Verwaltungsbeamten, sowie der
Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Berlin
am Dienstag, den 30. März 1897, abends 8 1/2 Uhr,
in der „Berliner Ressource“, Kommandantenstr. 57.
Tages-Ordnung:
1. Stellung der Krankenkassen, der Invaliditäts- und Alters-
versicherungs-Anstalt und der Metzgerei Berlin und Umgegend
zur Tuberkulosefrage, insbesondere zu den Reaktionsfragen für Lung-
kranke. Referent: Herr Dr. Friedberg. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlin und Umgegend.
J. A.: E. Simanowski, Garienstr. 78.
Da hier bestimmte, entgeltliche Beschlüsse gefaßt werden, ist eine
Beteiligung auch jedweder Krankenkasse erwünscht. 53/9

Hausdiener, Packer, Kutscher!
Sonntag, den 28. März, nachm. 5 1/2 Uhr:
Gr. öffentl. Versammlung mit Frauen
in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20 (gr. Saal).
Tages-Ordnung:
1. Mittheilungen. 2. Vortrag des Schriftstellers Heinrich Schulz über:
„Wider die Prügelpädagogik“. 3. Diskussion. 85/16
Nach der Versammlung: Geselliges Beisammensein
unter Mitwirkung des 15 Mann starken Rundharmonikaren-Orchesters Concordia.
Wir bitten die Kollegen, für diese Versammlung und den gefälligen
Abend eifrig zu agitiere und Freunde und Bekannte mitzubringen.
Der Einberufer: Emil Putzer.

Achtung! Charlottenburg. Achtung!
Montag, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr:
**Gr. öffentl. Versammlung jänmtl. Fabrik- u. gewerbl.
Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Charlottenburgs**
im Lokale „Bismarckshöhe“, Wilmersdorferstraße 39.
Tages-Ordnung:
1. Die eigene Schuld der Arbeiter an ihrer Armut und Unterdrückung.
Referent: Reichstags-Abg. S. Peus. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Ein jeder Arbeiter und Arbeiterin muß in dieser Versammlung erscheinen.
64/7
Der Einberufer: E. Schumann, Berlin, Kolbergerstr. 23.

**Öffentl. Schneider- u. Näherinnen-Versammlung
aller Branchen der Schneiderei und Konfektion**
am Dienstag, den 30. März, abends 8 1/2 Uhr,
in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstraße Nr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Die Aufgaben der Berliner Gewerkschafts-Kommission und wie stellen
wir uns zu der geplanten Erweiterung ihrer Funktionen? 2. Diskussion.
3. Kassenericht der Agitationskommission.
Die Kollegen werden aufgefordert, zahlreich zu erscheinen.
Die Agitations-Kommission d. Schneider u. Schneiderinnen Berlin.
J. A.: J. Timm, Vertrauensmann.

**Moabit. Versammlg. d. Deutschen Schneider-
und Schneiderinnen-Verbandes**
am Montag, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Plintz, Stromstr. 28.
Tages-Ordnung: 1. Diskussion. 2. Verbandsangelegenheiten.
Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, besonders der Kollegen der Moabit-
Bräuhilfsarbeiter, demnächst zu erscheinen.
Die Bevollmächtigten.

Brauerei-Hilfsarbeiter!
Sonntag, den 28. März, nachmittags 2 Uhr,
im „Englischen Garten“, Alexander-Strasse 27c,
**Große öffentliche
Brauereihilfsarbeiter-Versammlung.**
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. Referent wird in der Versammlung
bekannt gemacht. 2. Diskussion. 3. Bericht des Gewerkschafts-Delegierten
und Neuwahl desselben. 4. Verschiedenes. 41/13
Es ist Pflicht jedes jeden Brauerei-Hilfsarbeiters, in dieser Versamm-
lung pünktlich zu erscheinen.
Die Vergleichts-Kommission.

**Stempel-Fabrik, Thür-Schilder, Schablonen,
Gravirungen, Vereins-Abzeichen etc.**
Neu! Kleine Druckereien
L. Vereins- u. gewerbl. Zwecke
von Mk. 1,50 an
H. Guttman, Brunnen-Strasse
No. 9.

Rixdorf! Achtung! Rixdorf!
Deutscher Holzarbeiter-Verband (Filiale
Rixdorf)
Dienstag, den 30. März, abends 8 Uhr,
in den „Victoria-Sälen“, Hermannstraße Nr. 48-50:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Holzarbeiter-Konferenz der Provinz Brandenburg. 2. Wahl
eines Delegierten zu derselben.
Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung. 88/2

Rixdorf.
Montag, den 29. März, abends 8 Uhr, in den Victoria-Sälen,
Hermannstraße Nr. 49:
Gr. öffentliche Volksversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Gemeindevorsteher. Diskussion. 2. Stellungnahme zum
1. Mai. — Die Parteigenossen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu er-
scheinen. — Zur Deckung der Unkosten Entree 10 Pf.
1188/5
Der Vertrauensmann.

Tabak-Arbeiter u. -Arbeiterinnen!
Mittwoch, den 31. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Grädel, Brunenstr. 188
(Rosenthaler Thor). 187/12
Grosse öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung: Vortrag des Reichstags-Abgeordneten J. Geier
über „Die Entlohnung der Gewerkschaften“. Diskussion. Abrechnung der
Kommission. Die Kommission der Tabakarbeiter.

**Verband deutscher Gold- u. Silberarbeiter
und verwandter Berufsgenossen**
Zahlstelle Berlin.
Montag, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Annenstr. 16:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Georg Wagner. 2. Diskussion. 3. Ver-
eins-Angelegenheiten und Verschiedenes.
Aufnahme neuer Mitglieder. — Gäste sowie unsere Berufsgenossen
sind willkommen.
Um zahlreichen und pünktlichen Erscheinen ersucht
71/15
Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
Putzer!
Behufs Regelung unserer Lohnbewegung und weiterer Beschlußfassung
findet am Sonntag, den 4. April, eine Mitgliederversammlung
der Zahlstelle I statt. An stelle der öffentlichen Versammlung findet
am Mittwoch, den 31. März, abends 6 Uhr, Grenadierstr. 33, eine
Bau-Deputierten-Versammlung statt. Die Kollegen werden er-
sucht, von jedem Bau-Deputierten zu entsenden und pünktlich zu erscheinen.
Die Lohnkommission.

Einladung.
Donnerstag, den 8. April 1897,
abends 8 1/2 Uhr findet bei Buske,
Grenadierstraße 33, eine
ordentl. Generalversammlung
der Vertreter der Kassennmitglieder
und Arbeitgeber der Christkran-
kenkasse des Maurergewerbes
statt. 1136/5
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung des Verwaltungsrates
über die Verwaltung und Rechnungsab-
schluß für das Jahr 1896.
2. Bericht des Ausschusses über die
vollzogene Rechnungsprüfung und
Beihilfenfassung über die Abnahme
der Jahresrechnung.
3. Antrag auf Bewilligung einer
Entschädigung für die Kassennmit-
glieder des Rechnungsausschusses.
4. Antrag des Vorstandes auf Ab-
änderung des Kassensatzes und
sonst:
Bei § 1 ist dem Satz: Sie be-
steht für die bei Maurerarbeiten
beschäftigten Personen u. f. w.
anzuschließen:
„Ferner für alle mit der
Herstellung von Draht-Rad-
Helmdecken, Zement-
und Gipsböden, Plattendag, Fa-
brill, Schmelz-, Bad- und
Kupfelföden, gemauerten
Schornsteinen, Putzarbeiten,
bei Fleis- u. Rönnerbauten
beschäftigten Personen.“
Bei § 15 ist anzuschließen:
„Dem Vorstande steht das
Recht zu, freiwillige Kassenn-
mitglieder im Ortsanwalts-
falle auf Grund des § 57 a des
Ar.-Verf.-Ges. einer anderen,
der in diesem Paragraphen
bezeichneten Krankenkasse zur
Fürsorge zu überweisen. In
diesem Falle kommt das halbe
Krankengeld als Ersatz für
Arzt und Medizin in Wegfall
und werden die im § 13,
Ziffer 1, 2 u. 3 bezeichneten
Leistungen gewährt.“
5. Beihilfe des Ober-Präsidenten der
treffend Entschädigung an den Be-
vollmächtigten bei Wahrnehmung
von Unfallterminen.
Berlin, den 18. März 1897.
Der Vorstand: A. Daedne, Vor-
sitzender, Demminstr. 69. A. Kelpin,
Schriftführer, Demminstr. 54.

**Orts-Krankenkasse
des Gewerbes der Ladierer.**
Ordentliche Generalversammlung
am Montag, den 5. April, abends
pünktlich 8 1/2 Uhr,
im Englischen Garten, Alexander-
straße 27c.
Tages-Ordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung
pro 1896 und Bericht der Revisoren.
2. Rodmahlige Beratung über Ab-
änderung der Statuten. 3. Er-
wahl eines Vorstandsmitgliedes (Ar-
beitnehmer). 4. Verschiedene Kas-
senangelegenheiten. 104/5
Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer sind
hiermit eingeladen.
Der Vorstand.
J. A.: Herrn Runge, Vorsitzender.

**Orts-Krankenkasse
der Schuhmacher.**
Montag, den 29. d. März,
im Englischen Garten, Alexander-
straße 27c,
1. abends 8 1/2 Uhr:
**Generalversammlung
der Vertreter
der Kassennmitglieder.**
Tages-Ordnung: Erwahl eines
Vorstandsmitgliedes pro 1897/98.
2. abends 9 Uhr:
**Generalversammlung
der Vertreter der Arbeitgeber
und Kassennmitglieder.**
Tages-Ordnung: 1. Abnahme der
Jahresrechnung pro 1896 u. Decharge-
Erteilung. 2. Abänderung der
Statuten (§§ 12 und 20). 3. Ver-
chiedenes. — Vertreterkarte legitimirt.
1181/5
Der Vorstand.

**Orts-Krankenkasse
der
Bildhauer, Stuckateure
u. verw. Gewerbe zu Berlin.**
Ordentl. General-Versammlung
am Dienstag, den 6. April 1897,
abends 8 1/2 Uhr,
Kunnenstraße 16 (oberer Saal).
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht pro 1896.
2. Bericht der Revisoren.
3. Vorschläge des Vorstandes über
Statutenänderung im November
dieses Jahres.
4. Verschiedenes.
Berlin, den 28. März 1897.
Der Vorstand.
J. A.: J. Schiner.

Neugegründeter Sängerverein
sucht einen Dirigent. Wedungen Mit-
woch den 31. März, abends 8 1/2 Uhr,
bei Geise, Zwinenländerstr. 22, im
Restaurant. 123/75

Hugo Lehmann's
Weiß u. Bairisch Bier-Lokal
Dammstr. 10, Thurneyscherstr. 3
Bereits am 1. Mai von 10-20 u.
20-40 Uhr. 1. Gelangereine, Zahlstellen
u. f. w. Bernspacher-Kant II Nr. 1399.
1. und 3. Märzfesttag, sowie Sonn-
und 1. Mai, abends, zu vergeben.
17. Märzfest. 17. 1363/9

Platin-Einse
Gaussestr. 49/50 zählt heute, ebenso
wie früher, die höchsten Preise. 1117/5

**Täschner
und Kofferarbeiter.**
(Filiale III Berlin.)
Dienstag, den 30. März,
im Englischen Garten,
Alexanderstr. 27c.
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Verbandsangelegenheiten.
2. Beschäftigte in Verhältnissen.
3. Verschiedenes. 157/6
Der Vorstand.
Achtung! Sänger!
Sängerverein (Mgl. d. A.S.B.)
wahren Gesangsinteressen huldigend,
möchte beaufs. wirklicher Pflege des
Männergesanges sich mit einem gleich-
gesinnten Verein verbinden, um so
als größerer Verein befferer leisten zu
können. Offerten erbeten Adalbert-
straße 92, III, Seiler. 1192/5

Die Charitee-Vorlage.

Die „Erwägungen“ und „Berathungen“ über die Frage des Neubaus der Königl. Charitee sind endlich abgeschlossen, so daß die Regierung unter dem 17. März dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf, betreffend das Charitee-Krankenhaus und den Botanischen Garten zu Berlin, vorlegen konnte.

Schon als zuerst bekannt wurde, daß ein Neubau der Charitee geplant wurde, wurde mitgeteilt, daß gleichzeitig damit eine Verlegung des Botanischen Gartens nach der Pomane Dahlen vorgenommen werden sollte. Durch den Verkauf des Terrains, welches gegenwärtig der Botanische Garten einnimmt, sollten die Mittel für den Krankenhausbau aufgebracht werden. Der Terrainverkauf ließ jedoch auf Schwierigkeiten, und das war nach Zeitungsmeldungen die Ursache dafür, daß auch der Charitee-Neubau bisher verlagert wurde. Fürwahr eine treffliche Illustration des bekannten Wortes: „Die Kulturaufgaben leiden nicht!“ Während das Deutsche Reich seit dem Regierungsantritt Wilhelm II., also in neun Jahren, für 27 Millionen neue Kriegsschiffe gebaut hat, während jetzt jährlich 20 Millionen für Kasernenbauten auszugeben werden, trägt die Regierung Bedenken, den dringend notwendigen Umbau des größten preussischen Krankenhauses vorzunehmen, solange die Kosten nicht durch den Verkauf eines staatlichen Terrains gedeckt werden können.

Tiefe Kosten veranschlagt der Entwurf auf 10 570 000 M., eine Summe, welche, mit obigen Zahlen verglichen, klein erscheint. Berücksichtigt man dabei noch, daß das umgebaute Krankenhaus voraussichtlich auf Jahrzehnte hinaus seinen Zweck erfüllen wird, während Kriegsschiffe oft schon nach wenigen Jahren unbrauchbar werden, so wird man die weise Vorsicht unserer Regierung zu würdigen wissen.

Daß der Plan eines Charitee-Neubaus überhaupt in ernstliche Erwägung gezogen wurde, ist sicher zum Theil das Verdienst der Berliner Arbeiterschaft und insbesondere der Arbeiter-Sonntagskommission; ihre rege Agitation im Jahre 1893 machte erst diese Frage zu einer brennenden, und bewirkte, daß die maßgebenden Kreise sich damit beschäftigten. Daß aber jetzt schon der Plan greifbare Gestalt gewinnt, obwohl der Verkaufspreis des Botanischen Gartens voraussichtlich nicht die Baukosten decken wird, das muß noch andere Gründe haben. Vielleicht haben wir dieselben zum Theil in einer Abänderung des ursprünglichen Planes zu suchen. In dem Gesetzentwurf zum ersten Male mit dem Neubau der Charitee und der Verlegung des Botanischen Gartens noch ein dritter Plan in Verbindung gebracht: die Errichtung eines neuen Gebäudes für das Hygiene-Institut der Universität Berlin, welches bisher in dem Hause Klosterstr. 36 untergebracht war. Als Hauptplatz ist der alte Chariteehof in der Plessischen Straße anzuordnen. Für die Verlegung wird mit Recht geltend gemacht, daß die jetzige, von den übrigen medizinischen und naturwissenschaftlichen Instituten der Universität weit entfernte Lage jenes Institutes in der Klosterstraße zu erheblichen Unzulänglichkeiten für die Erteilung des Unterrichts führt, während die Belegenheit desselben auf dem alten Kirchhof der Charitee besonders günstig sein wird. Fast unmittelbar darauf folgt aber noch eine weitere Bemerkung: „Der Werth der dadurch für andere Staatszwecke frei werdenden, jetzt dem Institut und dem Museum für Hygiene dienenden Grundstücke übersteigt die vorbezeichnete Summe“ — nämlich die Kosten des Neubaus in Höhe von 520 000 M. — „in erheblichem Maße.“ Sollte diese Erwägung vielleicht den Finanzminister günstiger gestimmt haben?

Nach der Begründung des Gesetzentwurfs soll der Neubau der Charitee erfolgen auf dem bisherigen, 132 957 Quadratmeter großen Terrain, welches nur durch den Ankauf des Hauses Luisenstr. 2 eine Vergrößerung erfahren soll. Leider fehlt eine Angabe über die Größe des letztgenannten Grundstücks; der Kaufpreis von 815 000 M. läßt jedoch darauf schließen, daß der Umfang kein allzu beträchtlicher ist, und daher wohl außer Rechnung bleiben kann. Da beschäftigt wird, die Zahl der bereit zu stehenden Betten auf 1247 zu beschränken, — gegenwärtig ist die Charitee auf 2000 Betten eingerichtet — würde auf das jetzt circa 107 Quadratmeter Flächenraum entfallen. Die Charitee würde danach künftig bezüglich ihres Flächenraumes eben den Ansprüchen der Gesundheitslehre genügen, welche 100—150 Quadratmeter Bodenfläche für jedes Bett eines Krankenhauses fordert. Zu berücksichtigen ist dabei jedoch, daß in der Charitee die Gebäude für den medizinischen Unterricht einen nicht ganz unbedeutenden Raum einnehmen; es wäre daher angezeigt, den auf das Krankenbett entfallenden Flächenraum so zu wählen, daß er der untersten Grenze des Vorgesprochenen nicht allzu nahe kommt. Immerhin wird nach dem Umbau die Charitee in bezug auf Flächenraum unter den Berliner Krankenhäusern die dritte Stelle einnehmen, und nur von Bethanien und dem städtischen Krankenhaus in Friedrichshagen übertroffen werden; in diesen entfallen 175, bezüglich 121 Quadratmeter auf das Bett.

Recht interessant ist übrigens auch die Bemerkung der Motive, daß die laufenden Ausgaben der Charitee „schon während längerer Zeit nur dadurch annähernd Deckung gefunden, daß in die Kasse eine größere Zahl von Kranken, als wofür sie eingerichtet war, aufgenommen ist.“ Daß die Räume der Charitee über das zulässige Maß hinaus mit Kranken belegt waren, war längst bekannt, und eine der Forderungen, welche 1893 die Berliner Arbeiterschaft erhob, war darum die Beschaffung genügender Räumlichkeiten durch Neuerrichtung von Pavillons und Baracken.“ Daß aber bei dieser Ueberfüllung Selbstinteressen in hervorragendem Maße mitspielten, was bisher nicht angenommen worden, und man muß den Verfasser der Motive für diese Aufklärung dankbar sein. Dabei trägt der ganze staatliche Zustand bisher jährlich „rund 208 000 Mark“, — etwa den 17. Theil der Summe, um welche im Jahre 1889 die Zivilliste des Königs von Preußen erhöht wurde — so daß auf das Krankenbett jährlich etwa 100 Mark, täglich noch nicht 30 Pfennig entfallen; und zum größten Theil wird dieser Zuschuß dadurch verbraucht, daß auf grund bestehender Verpflichtung die Charitee der Stadt Berlin jährlich 100 000 freie Verpflegungstage für ihre Kommunalkranken zu gewähren hat.

Selbstverständlich wird die Verringerung der Bettenzahl einen Einnahmeverlust verursachen, welcher nicht durch entsprechende Verminderung der Ausgaben ganz ausgeglichen wird. Mit Rücksicht hierauf nehmen die Motive schon jetzt eine Erhöhung der Verpflegungssätze in Aussicht. Diese Sätze wurden erst vor wenigen Jahren von 1,75 auf 2 M. erhöht, und dem guten Beispiel der Charitee folgten damals sofort die anderen Berliner Krankenhäuser. Der Verlauf wird diesmal wohl nicht anders sein.

Die laufenden Mehrkosten, welche der Umbau der Charitee verursacht, sollen also gewissermaßen durch eine Steuer auf die Krankheitsgefahr gedeckt werden, eine Steuer, welche wiederum am schwersten die Schuttern des Proletariats drücken wird. Es wird durch die Erhöhung der Verpflegungssätze ferner den Kranken und ihren Angehörigen noch schwerer als bisher werden, gleich bei dem Austritt aus dem Krankenhaus die aufgelaufenen Kosten zu bezahlen. Nach einer neuen Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts ist aber auch die Stundung von Krankenhaus-Kosten als Armenunterstützung anzusehen, welche den Empfängern des Wahlrechts verlustig gehen läßt. Infolge der Erhöhung der Verpflegungssätze werden also in noch größerem Umfange, als bisher, Proletarier dadurch ihr Wahlrecht einbüßen, daß sie oder ihre Angehörigen erkranken. Eine Folge, die allerdings den herrschenden Klassen nicht unangenehm sein wird.

Den Hauptplan in einzelnen zu erörtern, ist hier nicht der Ort. Nur einige Punkte verdienen hervorgehoben zu werden. Zunächst sei darauf hingewiesen, daß auch jetzt nicht ganze Arbeit gemacht wird. Ein Reihe alter Gebäude bleiben stehen, darunter auch solche, welche modernen Ansprüchen in keiner Weise genügen; z. B. das Gebäude

der bisherigen Gebäudestätte, welches künftig einen Theil der Klinik für Hautkrankheiten und Syphilis aufnehmen soll. Durch das unersetzte Erhalten zu weit gehende Bestreben, die alten Baulichkeiten thöricht zu erhalten, wird allerdings das erreicht, daß die Baufumme eine verhältnismäßig niedrige ist. Zwar sind die Baukosten von im ganzen 9 380 000 M. oder 7331 M. pro Bett scheinbar verhältnismäßig höher, als die des „Kloster-Krankenhauses“ im Friedrichshagen, bei welchem 6027 M. Baukosten auf das Krankenbett entfallen. Berücksichtigt man aber, daß der Neubau des pathologischen Institutes allein mit 1 484 500 M. veranschlagt ist, daß ferner die Einrichtungen für Unterrichtszwecke — Hörsäle u. s. w. — von dem jetzigen Direktor der Charitee, Generalarzt Schaper, früher auf 1 150 000 M. veranschlagt wurden, so bleibt nur eine Baufumme von 7 745 500 M. für das eigentliche Krankenhaus übrig, oder von 5409 M. pro Krankenbett. Von dieser Summe aber wird wiederum ein verhältnismäßig großer Theil dadurch erfordert, daß der Baugrund stellenweise ein schlechter ist und daher dort eine künstliche Fundamentierung notwendig wird.

Um gleich einem Einwande gegen diese Rechnung zu begegnen, sei erwähnt, daß der unter den Baukosten sich findende Posten für „Beschaffung und Ergänzung der inneren Einrichtung“ so berechnet ist, daß dabei die Kosten einer vollständig neuen Einrichtung aller Neubauten zu Grunde gelegt sind. Die Denkschrift giebt dazu die bemerkenswerthe Begründung: „Der größte Theil der jetzt vorhandenen beweglichen Einrichtung der Kliniken und Institute der Charitee befindet sich in sehr mangelhaftem Zustande.“ Die Kulturaufgaben leiden nicht!

Endlich ist zu erwähnen, daß — wie übrigens schon längere Zeit bekannt ist — das Institut für Infektionskrankheiten von der Charitee abgetrennt und dem im Bau befindlichen IV. städtischen Krankenhaus an der Tristritze angegliedert werden soll. Wenn Rücksichten auf den medizinischen Unterricht das Verbleiben des hygienischen Institutes in der Klosterstraße nicht empfehlenswerth erscheinen lassen, so können dieselben auch gegen die Verlegung des Institutes für Infektionskrankheiten geltend gemacht werden; denn die Tristritze ist von der Charitee weit weiter entfernt, als die Klosterstraße, und noch ungünstiger stellt sich das Verhältnis, wenn man die Entfernung von den Universitätskliniken — in der Ziegel- und Kottbuserstraße — oder von der Universität betrachtet. Allerdings nicht gegenwärtig das Institut für Infektionskrankheiten nur in geringem Maße eigentlichen Unterrichtszwecken. Im Interesse der Studierenden, deren möglichst vollkommene Ausbildung wiederum im öffentlichen Interesse liegt, kann dies jedoch nur bedauert werden. Durch die Angliederung an das IV. städtische Krankenhaus scheidet das Institut für Infektionskrankheiten aus der Reihe der klinischen Unterrichtsanstalten gänzlich aus, da — abgesehen von der Entfernung — in dem Betrage mit der Stadt Berlin ausdrücklich bestimmt ist, daß die Kranken „zu klinischen und Unterrichtszwecken nicht verwendet werden dürfen.“

Soziale Rechtspflege.

Die Regulierung einer Erbschaft hatte den Verlauf der Holzbestände einer Zimmerei notwendig gemacht. Der Vormund der minderjährigen Besitzer, Baumunternehmer Hempel, unternahm am 10. März 1896 das Ausmessen des Holzes. Hierbei verunglückte er. Da Hempel meinte, in einem versicherungspflichtigen Betriebe verlegt worden zu sein, erhob er bei der Bauergewerkschaft-Versicherungsgesellschaft Anspruch auf eine Unfallrente. Diese wies ihn jedoch ab, indem sie sich darauf berief, daß das Ausmessen der Holzart nicht im Betriebsinteresse, sondern zum Zwecke der Nachlass-Feststellung erfolgt sei. Die Versicherungsgesellschaft wurde ebenfalls zurückgewiesen, und auch das Reichs-Versicherungsamt erkaunte zu seinen Ungunsten. Unter Umständen seien sehr wohl auch Handlungen, die mit einer Liquidation zusammenhängen, dem Betriebe versicherungsgesellschaftlich zuzurechnen. Im vorliegenden Falle könne indessen von einem Ansprüche nicht die Rede sein. Voraussetzungen für die Entschädigung wäre u. a. auch die Stellung des Verletzten im oder zum Betriebe. Der Kläger sei nicht eine versicherte Person im Sinne des Gesetzes während der Zeit gewesen, wo er die Vermessungsarbeiten auf dem Besitztum seiner Wandel vornahm. Er habe dort als Vertreter der Mündel fungiert, also als Vertreter von nicht mitversicherten Geschäftsinhabern.

Reichs-Versicherungsdienst. Der Ruischer Wendel erkrankte, als er an einem heißen Julitage ein Flußbad nahm. Seine Wittwe beantragte darauf von der zuständigen Berufsgenossenschaft eine Unfallrente, indem sie geltend machte, der Verstorbene sei durch Betriebsvorgänge zum Baden veranlaßt worden. Er habe am betreffenden Tage Bretter gefahren und verladen, und dabei seien ihm Sägespäne auf die Haut gekommen. Infolgedessen und unter Mitwirkung der sommerlichen Hitze habe sich bei W. ein unerträgliches Unbehagen eingestellt, und dies habe er durch das Bad beseitigen wollen. Bron Wendel wurde jedoch in allen Instanzen abgewiesen. Das Reichs-Versicherungsamt machte sich die folgenden Ausführungen des Schiedsgerichts zu eigen. Verletzungen, die Arbeiter vornehmen, um leibliche Bedürfnisse zu befriedigen, seien im allgemeinen nicht dem Betriebe zuzurechnen. Unfälle, die dabei passiren, können dementsprechend auch nicht als versicherungspflichtige Betriebsunfälle angesehen werden. Ein ausreichender Zusammenhang zwischen derartigen Unfällen und dem Betriebe lasse sich auch nicht daraus herleiten, daß Arbeiter nach angestrengter oder besonderer Betriebsbetheiligung das berechnete Bedürfnis hätten, sich zu erfrischen. Der ursächliche Zusammenhang zwischen Unfall und Betrieb sei im Falle Wendel auch dadurch nicht geschaffen worden, daß ihm im Betriebe Späne auf den Leib kamen.

Gerichts-Zeitung.

Achtung des Menschenlebens im landwirthschaftlichen Betriebe. Die Gefährlichkeit unverdeckter Transmmissionen wird auf dem Lande noch immer zu wenig in Betracht gezogen, wie die vielen Prozesse beweisen, in denen es sich um fahrlässige Körperverletzung oder Tödtung durch eine Dreschmaschine resp. das dazu gehörige Göpplweil handelt. In einem solchen Prozesse hat das Landgericht Gleiwitz am 15. Dezember v. J. den Kleriker Johann Schabig wegen fahrlässiger Tödtung zu einem Monat Gefängnis verurtheilt. Als er eines Tages dreschen ließ, wurde eine Wadg durch das der Vordreschmaschine gegenüber gelassene Triebrad erfasst und derartig verletzt, daß sie bald darauf starb. — Die Revision des Angeklagten gegen das erwähnte Urtheil wurde vom Reichsgericht verworfen.

Stempelplichtigkeit der Blanko-Akcepte. Der Kaufmann Nathan Ripinski in Lautenburg wurde am 18. September 1896 von der Strafkammer beim Amtsgericht Stralsburg i. W.-Pr. wegen Wechselstempelverhinderung zu einer Geldstrafe von 200 M. verurtheilt. Es handelte sich um einen Wechsel, der den Akzeptvermerk des Angeklagten trug und auf den eine Stempelabgabe von 5 M. entfiel; die Strafe für die Nichtentrichtung des Stempels wurde vorschriftsmäßig durch Multiplikation mit 50 berechnet. In seiner Revision gegen das Urtheil führte der Angeklagte aus, es handle sich um ein Blanko-Akzept; er habe lediglich seinen Namen als Akzeptant auf das Formular geschrieben, ohne irgend welche Kenntnis davon, auf welche Summe der Wechsel später ausgefüllt und in welcher Höhe infolge dessen der Stempel fällig werden würde. Das Reichsgericht verwarf die Revision mit folgender Begründung: als der Angeklagte das Akzept aus der Hand gab, war er allerdings noch nicht in der Lage einen Stempel zu verwenden, da die Wechselsumme ja noch nicht ausgefüllt war. Dies kann aber

an der Strafbarkeit nichts ändern, da demnach — durch Ausfüllung der Wechselsumme zc. — ein vollständiger Wechsel entstand. Der, der den ursprünglich noch unvollständigen Wechsel fortgab, wird so angesehen hinsichtlich der Wechselstempelverpflichtung, als hätte er von vornherein einen kompletten Wechsel fortgegeben. Ein Blanko-Akzept ist eben eine Vertrauenssache.

Versammlungen.

Die Parteigenossen des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises waren am Donnerstag in Baile's Saal, Grenadierstraße, versammelt, wofür Genosse Dr. Wenl einen Vortrag über „Ernährungsfragen in ihrer Bedeutung für das Proletariat“ hielt, an welchen sich eine kurze Diskussion angeschlossen. Unter „Verinsangelegenheiten“ beschloß die Versammlung, dem Genossen Reichstags-Abgeordneten Nob. Schmidt 100 M. zwecks Agitation zu überweisen, weiter wurde das Bureau beauftragt, für eine Fraktion der Genossen am Charfreitag die notwendigen Schritte einzuleiten.

Die Handlungsgelassen und Gehilfen hielten am Freitag eine zahlreich besuchte Versammlung ab, wo Reichstags-Abgeordneter Dr. Lütgenau in einem beifällig aufgenommenen Vortrage das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft und die Bestrebungen der Sozialdemokratie eingehend erörterte. Er legte an der Hand der Thatsachen dar, daß keine der bürgerlichen Parteien die wahren Interessen der Arbeiterklasse vertritt und empfahl zum Schluß den Kaufleuten, sich behufs Verbesserung ihrer gewerblichen Verhältnisse der Fachorganisation anzuschließen, in politischer Hinsicht aber zur Sozialdemokratie zu halten. Die Diskussion wurde eingeleitet durch einen Dirsch-Dunderianer namens Schlesinger, der mit großem Eifer die Wohlfahrts-Einrichtungen sowie überhaupt die Bestrebungen des Vereins deutscher Kaufleute rühmte, und sich im weiteren bemühte, mit alten und schon so oft widerlegten Argumenten die Sozialdemokratie zu vernichten. Ebenso scharf wie treffend trat Wenl a. M. a. diesem Redner entgegen. Zur Kennzeichnung der Dirsch-Dunder'schen Richtung angehörenden Kaufmannvereine hielt er dem Vordredner vor, daß der Charlottenburger Ortsverein sich gegen die von Dr. Max Dirsch kürzlich beschlossene Aufnahme der Gehilfen in die Fachorganisation ausgesprochen habe. Der national-sozialistische Redakteur Weinhausen drückte seine Verwunderung darüber aus, daß hier — was in den Versammlungen der Industrie-Arbeiter nicht der Fall sei — die politischen Gesenße so scharf aneinander plagen. In seinen weiteren sehr sachlich gehaltenen Ausführungen trat der Redner dafür ein, daß die Parteipolitik aus den Gewerkschaften fern bleiben müsse. Er betonte schließlich, daß alle von den Handlungsgelassen in gesellschaftlicher Hinsicht aufgestellten Forderungen auch von den National-Sozialen vertreten würden. Hieraus machte Lütgenau einige Einwendungen gegen die Ausführungen des Vordredners, dabei hervorhebend, daß er mehr von der politischen, als von der gewerkschaftlichen Bewegung erwarte. Er wandte sich dann gegen Schlesinger und die von demselben vertretenen Ortsvereine und wies darauf hin, daß alle Arbeiterschulungsgesetze und auch das bishenige Sonntagsgesetz nicht gegeben wären, wenn die Sozialdemokratie nicht wäre. Nun trat Schlesinger nochmals für seinen Verein deutscher Kaufleute in die Schranken und betonte, daß derselbe mit den Dirsch-Dunder'schen Gewerkschaften nur in sehr losem, mit der freisinnigen Partei aber in gar keinem Zusammenhang stehe. In seinem Schlusswort widerlegte Genosse Lütgenau die Ausführungen Schlesinger's sowie die Ansicht Weinhausen's, der einen Widerspruch zu sehen glaubte zwischen dem Standpunkt, den der Referent heute einnahm, und dem, welchen er kürzlich in einer Kellnerversammlung bezüglich der gewerkschaftlichen Bewegung behauptet habe. Eine Resolution, welche sich gegen die Dirsch-Dunder'sche Richtung und für die freie Vereinigung der Kaufleute, sowie für die Sozialdemokratie ausspricht, wurde gegen einige Stimmen angenommen.

Im Allgemeinen Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein wurde in der Versammlung vom 22. März nach einem Vortrage des Genossen Maffatsch beschloffen, die Frage der Besichtigung des Kongresses zunächst dem Vertrauensmann zur Prüfung zu überweisen.

Für Stralaun-Rummelsburg und Umgegend fand am 24. März cr., bei Platonowki, Rummelsburg, Hauptstr. 83, eine öffentliche Volksversammlung statt, welche gut besucht war. Genosse Manfred Wittich aus Leipzig hielt das Referat über: „Der 18. März und die Sozialdemokratie.“ Redner schloß seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag mit einem Ausspruch des Genossen Wiednecht aus dem Jahre 1863, nach welchem die Arbeiter studiren, agitiren und sich organisiren müssen, um den Sieg des Sozialismus herbeizuführen. Da sich zur Diskussion niemand zum Wort meldete, wurde zum 3. Punkt der Tagesordnung geschritten, betreffend Stellungnahme zum 1. Mai eventuell Wahl eines Festarrangements. Hierzu nahm zunächst Genosse Jorgbert das Wort. Derselbe ist der Meinung, das Stralaun und Rummelsburg die Feier gemeinsam begeben. Nachdem noch verschiedene Redner zu dieser Angelegenheit gesprochen, beschloß die Versammlung, das Arrangement den Vertrauensleuten von Stralaun und Rummelsburg zu übertragen.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. S. W. Dietz) Besorg. ist losden des 24. Heft 1-3 18. Jahrgang erschienen. Was dem Inhalt haben wir hervor: Weltpolitik — Unsere Interessen in Ostasien. Von Dr. Dr. Cunow. — Sozialdemokratische Bauernvereine. Von Paul Engelmann. — Die bulgarische Sozialdemokratie und die Orientfrage. — Neues der Neuzeit. — Literarische Rundschau. — Notizen: Jahrbuch in öhrreichischen Volksschulen. — Gemälde: Von alten Kaiser Hofe. Von Richard Mügg. II. „Archiv für soziale Beschäftigung und Statistik.“ Das Jahrbuch dieser Nummer im letzten Jahrgang erschienenen von Dr. Heinrich Braun herausgegebenen Jahrbuch (Berlin, Carl Heymann's Verlag) hat folgenden Inhalt: Abhandlungen: Die neuen statistischen Erhebungen über Arbeitslosigkeit in Deutschland. Von Prof. Dr. Georg Schanz in Würzburg. — Die Wiener Enquete über Fremdenarbeit. Von Dr. Ludwig Schüller in Wien. — Das Frauen-Erwerbsrecht in England. Von Uta Braun in Berlin. — Beschäftigung des Reichs: Die Ueberwindung des Gesetzes betreffend die Beschäftigung des Arbeits- oder Dienstdienstes und der Jüdischen-Ordnung. Von Wolfgang Heine, Rechtsanwalt in Berlin. — Zeit des 7. J. der Jüdischen-Ordnung. — Wärselen: Die Verfolgung der Arbeiter-Wittwen und Waisen in Deutschland. Von G. v. Brantzenberg, Stadtrat in Braunschweig. — Literatur: Die Publikationen des französischen Arbeitsamtes in den Jahren 1902—1907. Besprochen von Arthur Fontaine, Sous-Recteur de l'Office du Travail (Paris). Regier. Karl, Der Bittel der Lohnarbeiter und Soldaten in Hamburg-Altona. Besprochen von Prof. Dr. Ferdinand Tönnies in Hamburg. „Soziale Praxis.“ Zentralblatt für Sozialpolitik“ (Berlin, Carl Heymann's Verlag) enthält in ihrer Nummer Nr. 45 folgenden leitenden Aufsatz: Die Parteien in Selbsthülfe: Die Sozialdemokratie und der 3. Reichstag. — Die Reichstags-Verhandlungen in Italien. — Sozialistische Reformen in englischen Gesellschaften. — Jahresberichtsüberblick für Arbeiter in Ostasien. — „Witwen-Whore“ in England: Die Witwen und die Handgemeine-Ordnung für Ostasien. Von Stadtrat Dr. K. Heine. — Kommunistische Arbeiter der Stralsburg in Bern. — Städtische Oel-Verkaufsstellen. — Kommunistische Theater für Paris. — Uebernahme städtischen Nachmittagsunterrichts auf den preussischen Staat. — Konstantinopel von Nachschuß-Beamten. — Selbsthülfe der preussischen Ober-Verwaltungsgerichts zum Gemeinwohl-Wahlrecht. — Arbeitslosigkeit und Arbeitsleistung im Ruffen Kohlen-Bergbau. — Arbeitsverhältnisse in bayerischen Schiefersteinen. — Landwirtschaftliche Arbeitsverhältnisse in Ungarn. — Der „Witwen-Whore“ an der Schweizerischen Nordbahn. Von Prof. J. Walter. — Neue Diensthöhen-Ordnung in Hamburg. — Weiterbildung der Sonntagarbeiter im Handelsgewerbe. — Reg.-Rat Dr. Konstantin-Vig zum Schutze der Arbeiter und Angehörigen. Städtische Kontrolle von Lebens- und Genussmitteln in Straßburg. — Frankfurter-Regulierung in der Schweiz und in Deutschland. — Berliner Ortsbauernvereine. — Wohnungsinspektion in Baden und im Reg.-Bez. Tübingen. — Entfernung der Wohnung von der Betriebsstätte in Berlin. — Sparfassen und Arbeiterwohnungen in Frankfurt. — Verein zur Errichtung wirtschaftlicher Frauenkassen auf dem Lande. „Heute des Angeklagten.“ Von J. G. Carlowig, Breslau, Waldstr. 26, Verlag von R. Bergmann. „Dr. Paul Berger.“ Zur für Magere nach bittlichen Grundfragen.“ Berlin 1897. Hugo Steinig Verlag, Charlottenstr. 1. „Dr. Karl Heine.“ Die Natur-Geschichte der Nervenschmerzen (Nervalgien). Dittsch, Schöps, und Koppitz, Magentanz a. a.“ Berlin SW. 12. Verlag von Hugo Steinig, 1 R. „G. Adler.“ „Vorträge und Bruchstücke.“ Eine postliche Hefenreihe. Frankfurt a. M. Kommissionsverlag von Gebr. Staudt, 1897. Preis 1 M.

Jacques Raphaëli,

Berlin.

Fabrik u. I. Kaufhaus **An der Brücke No. 2, (Stadtbahn- Hof Börse).**
II. Kaufhaus **Potsdamerstr. 106a, Ecke Steglitzerstr.**
III. Kaufhaus **Grüner Weg 31, Ecke Andreasplatz.**

Mit Rücksicht auf meine große auswärtige Kundschaft u. Vielseitigkeit meines Lagers vermag ich nur in kleiner Schrift die von mir gebotene große Auswahl zu bringen —, bitte deshalb den freundlichen Leser, mein ausführliches Inserat aufmerksam zu verfolgen, sowie meine Preise der von mir genau beschriebenen Qualitäten mit den jetzt allgemein üblichen Ausnahmepreisen zu vergleichen. Trotz zahlreichster Anfeindungen, die sich in neuerer Zeit wieder geltend machen, werde ich nicht ermüden, nach wie vor **verbessernd u. verbilligend** auf den Markt sämtlicher von mir offerirten Artikel zu wirken.

Garantie für beste Haltbarkeit durch Garantieheine, für auswärtige Käufer genügt die empfangene Rechnung. **Von dem Anspruch auf Entschädigung bei unangemessener Haltbarkeit meiner Schuhwaaren bitte den ausgiebigsten Gebrauch zu machen.**

Bei etwaiger Unzufriedenheit ist weiter kein Wort zu verlieren nötig, sondern nur Vorlegung oder Einsendung des Reklamationscheines. — Jede Reclamation ist mir willkommen und wird über jedes Erwarten des Käufers zum größten Zufriedenheit erledigt. — Es sind innerhalb der letzten 4 Jahre

über 5500 Reclamationen zur größten Zufriedenheit aller Reclamanten von mir erledigt worden, wovon sich jeder Besucher durch kaufmännisch geführte Bücher überzeugen kann. — Die mit einem * bezeichneten Artikel sind ausnahmsweise theils mit Factisuthaten in der Einlage hergestellt, da sie sonst ihren Zweck — sehr leicht zu sein — nicht erfüllen. Die Anschaffung, daß eine Späneinlage zwischen Sohle und Brandflöche minderwertig sei, ist eine irrige. — Die Späneinlage ist um mehr als das Dreifache theurer als das Leder, welches man hierfür zu verwenden pflegt. — Späneinlage ist nicht nur leichter, sondern auch in sanitärer Hinsicht mehr zu empfehlen als Leder. — Auf die Haltbarkeit übt die Einlage keinen Einfluß aus.

ca. 45 000 Paar Schuhwaaren aller Art bester Fabrikate, die durch ihre Eleganz u. Reellität billiger den Gipfel der Vollkommenheit erreichen, zum Theil billiger

wie ich solche in der billigsten Lederconjunction verkaufe.

Verkauf- und Versandbedingungen: Gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Betrages. Porto trägt der Besteller. Von 15 Mk. an versende franco auf meine Kosten, wenn Käufer sich auf diese Zeitung bezieht. — Nichtkonvalescenten bitte mir im Originalzustand zurückzuführen, und empfängt der Besteller alsdann sofort sein Geld zurück. — Das Maß bitte durch Versenden eines genau passenden Stabes in den getragenen Stiefel festzustellen und in Centimetern anzugeben, und ob Spann hoch oder niedrig. Für Gummischuhe, obgleich zu den besten Fabrikaten gehörend, übernehme keine Garantie.

Herren-Fußbekleidung!

- Braune Segeltuchschürschuhe***, durchgenähte Ledersohle, Lederablag u. Lederbeslag Mk. 3,10.
- Lasting Promenadensch.** m. Lastspige u. Lastseitenleder Mk. 4,—.
- Glatte Kossal-Halbschuhe** m. Seiten-Gummizügen, durchgenähter Sohle mit Reil, ohne Absatz, reinen Lederzuthaten Mk. 3,25.
- Besatz-Halbschuhe**, von Kollleder mit Gummizug, stielreicher Knopfbeslag und Gorbefläppe, beide Strapazirische mit stielreicher genogelter Sohle, hohem oder niedrigem Absatz Mk. 4,50.
- Dieselben** 3 Schnüren od. m. Gummizug, durchgenähter Sohle, Mk. 5,—.
- Besatz-Halbschuhe** von feinem prima Kollleder zum Schnüren oder mit Gummizug mit durchlöcherter Zierfappe und Knopfbeslag. Gauber auf Rand genäht, tabelloser Stiz Mk. 6,25.

- Glatte Kossalleder-Zugstiefel** mit reinen Lederzuthaten, streng solide genagelte Sohlen, niedrige oder hohe Abzüge früher Mk. 5,50 jetzt Mk. 4,75.
- Dieselben** in noch eleganterer Ausführung mit Beslag, Gorbefläppe und Knopferzierung Mk. 5,25.
- Dieselben** mit glattem Oberleder, leichtere Ausführung, mit genogelter Sohle und markiertem Rand, beide Haltbarkeit Mk. 5,50.
- Dieselben** mit Beslag, Gorbefläppe, Knopferzierung in leichter Ausführung mit genogelter Sohle und markiertem Rand, sowohl als Strapazirtiefel wie als Sonntagstiefel zu empfehlen Mk. 5,75.

- Schaftstiefel** von feinstem Kollleder mit beider, genogelter Sohle, Handarbeit Mk. 3,50.

- Renommir-Stiefel** m. Gummizug, geschmeidiges prima laminiertes Kollleder, auf Rand genäht. Wer mit Maßstiefeln viel Ungelegenheiten hatte, wird erstaunt sein über die außerordentlich bequeme Passform dieses Stiefels Mk. 4,75.

- Prima satinirt Kossalleder Besatzstiefel** mit Curfappe, in spitzer und ediger Hocon, auf Rand genäht, elegant gearbeitet Mk. 7,40
- Spiegel-Kossal-Zugstiefel**, Oberleder aus einem Stück gewalft, gelb genäht Mk. 7,90.
- Schnürstiefel** aus laminiertem Kollleder, mit französischen Hocon, Beslag und eleganter Curfappe, ediger Cavalierform gelb genäht Mk. 8,50.
- Lederpantoffeln** mit Absatz, durchgenähter Ledersohle Mk. 2,40.
- Cord-Pantoffeln*** mit Filzsohle Mk. 50 Pf.
- Schwarze Double-Pantoffeln*** mit Filzsohle Mk. 0,65.
- Flüschpantoffeln*** mit durchgenähter Ledersohle u. Absatz Mk. 1,10.
- Flüsch- u. Cordonschuhe*** mit Ledersohle u. Absatz Mk. 3,—.

Damen-Fußbekleidung!

- Lasting-Promenadensch.*** m. Gummizug u. Schließen auf dem Blatte, durchgenähte Ledersohle Mk. 1,90.
- Braune Segeltuchschürsch.***, durchgenähte Ledersohle, Lederablag u. Lederbeslag Mk. 2,60.
- Kossalleder-Hausschuhe**, ausgefärbt, Lederfütter, Lederfappe, Lederbrandflöche, mit durchgenähter Sohle u. Lederablag u. Schließe Mk. 3,20.
- Gemischte-Tanzschuhe***, ausgefärbt, leichte Handarbeit, Lederfütter u. Lederfappe, mit ledernen Absatzdichtungen verziert, sowohl als Haus- als Promenadenschuh bestens geeignet Mk. 2,50.
- Kalblack-Tanzschuhe***, das Vollkommenste an Eleganz, kein Hoch- oder Lederschuh, in den besten Ausführung Mk. 3,—.
- Dieselben*** Schuhe in schwerer Ausführung, m. reinem Lederablag Mk. 3,55.

- Kossalleder-Halbschuhe**, zum Schnüren, mit durchgenähter Sohle, Lederfappe und Lederfütter Mk. 3,75.

- Lasting-Zugstiefel*** m. Lastseitenleder, durchgenähter Leder-Sohle u. Absatz Mk. 2,75.

- Kossalleder-Zugstiefel**, solid und dauerhaft, mit Herzblatt, 13 cm hoch im Zuge, genagelt, Lederfappe und Lederbrandflöche, überhaupt mit reinen Lederzuthaten angefertigt Mk. 3,90.
- Dieselben** 15 cm hoch im Zuge, genäht, mit markiertem Rand Mk. 4,75.
- Kossalleder-Zugstiefel**, sehr hoch im Zuge, mit Herzblatt oder Vorderabsatz und Lastspitze, auf Rand genäht, in den besten Ausführung Mk. 3,75.

- Kossal Knopfstiefel**, 11 Knopf hoch, gesteppte Spitzfappe, durchgenähte Kollsohle Mk. 5,75.

- Zugstiefel** von feinstem Wildbroschleder, wunderbarer Stiz, sehr hoch im Zuge, mit Herzblatt oder Vorderabsatz und Lastspitze Mk. 6,90.

- Satin-Kalbleder-Zugstiefel** in vortheilhafter Ausführung, geschmeidiges, gelbes u. hohes durchaus dauerhafte Oberleder Mk. 7,25.

- Extra prima satinirtes Kalbleder-Zugstiefel**. Das Wohlthunende für empfindliche Füße, außergewöhnlich hoch, auf Rand genäht, in verschiedenen Hocon Mk. 6,75.
- Kalb-Glacié-Zugstiefel** mit echtem Sechsbundblatt oder Vorderabsatz und ausgefärbt, höchst eleganter Zierfappe Mk. 5,50.
- Glacié-Zugstiefel** (für ältere Damen), vornehme Form, für breite Zehenlage, niedrig im Zuge, laminiert Mk. 9,50.
- Ia. Kossalleder-Schnürstiefel**, Beslag Mk. 6,50.
- Ia. Kossallederknopfstiefel**, Beslag, augen Knopflöcher, Mk. 6,50.

- Knopfstiefel** von Ia. gemartem Kalbleder in spitzer und moderner ediger Form Mk. 8,75.
- Dieselben** zum Schnüren Mk. 8,50.
- Satin-Knürstiefel** auf Rand gelb genäht Mk. 8,75.
- Satin-Knürstiefel** auf Rand gelb genäht mit durchl. Zierfappe Mk. 9,00.
- Knopfstiefel** von prima satinirtem Kalbleder, ringsherum mit Beslag von gleich, Leder, sehr Mk. 9,75.
- Cord-Pantoffeln*** mit Filzsohle Mk. 40 Pf.
- Schwarze Double-Pantoffeln*** mit Filzsohle Mk. 0,55.
- Flüschpantoffeln*** mit durchgenähter Ledersohle u. Absatz Mk. 90 Pf.
- Lederpantoffeln*** m. Absatz, durchgenähter Ledersohle Mk. 1,75.

Für Mädchen und Knaben!

- Braune Segeltuch-Turnschuhe*** mit Gummizug auf dem Blatte, Seitenleder und Reil bis zur inneren Länge von 18 cm Mk. 1,75, bis 22 cm Mk. 2,—, bis 26 cm Mk. 2,40, bis 30 cm Mk. 2,75.
- Braune Segeltuch-Schnürschuhe*** mit Lederbeslag und Absatz bis zur inneren Länge von 18 cm Mk. 1,50, bis 22 cm Mk. 2,10.
- Braune Segeltuch-Turnschürschuhe** mit Gummizug und rings um Gummibeslag bis 18 cm Mk. 1,55, bis 22 cm Mk. 1,90, bis 26 cm Mk. 2,25, bis 31 cm Mk. 2,60.

- Hojleder-Zurnschuhe** mit 7 Seiten-Gummizügen, durchgenähter Lederfütter, reine Lederzuthaten, bis zur inneren Länge von 18 cm Mk. 2,25, bis 22 cm Mk. 2,75, bis 26 cm Mk. 3,—.

- Kossalleder-Zug- u. Schnürschuhe**, gebiegene Handarbeit, genagelt, Strapazirtische, bis zur inneren Länge von 18 cm Mk. 2,50, bis 22 cm Mk. 3,—.

- Kossalleder-Zugschuhe**, einbändig gearbeitet, für erwachsene Knaben von 22—25 cm innerer Länge Mk. 4,—.

- Kossalleder-Knopf- u. Schnürstiefel**, Handarbeit, genagelt, drehbar, Strapazirtische, bis zur inneren Länge von 18 cm früher Mk. 3,50, jetzt Mk. 3,—, bis 22 cm Mk. 4,—.

- Knaben-Schnürstiefel** von Kollleder, mit Beslag, einbändig gearbeitet, bis zur inneren Länge von 22 cm bis 25 cm, Mk. 3,—, bis 26 cm Mk. 3,25.

- Russal Knaben-Schnürstiefel**, einbändig genäht, Mk. 6,00.
- Russalische Kalbleder-Schnür- u. Knopfstiefel**, ausgefärbte Knopflöcher, Spitzfappe, genagelte Sohle, bis 18 cm innerer Länge Mk. 4,25, bis 22 cm Mk. 4,—.
- Russalisch-Kalbleder-Schnürstiefel** mit acht französischen Hocon, Beslag, fests in Ausführung wie der vorhergehende, von 22—25 cm Mk. 7,00.

Das Besohlen der Herrenstiefel bestimme ich mit Mk. 1,90, mit Absatz 2,40, der Damenstiefel Mk. 1,55, mit Absatz 1,75, genäht 10 Pf. theurer.

Raphaëli's Goodyear Weltstiefel, Kalbleder-Herren-Zugstiefel auf Rand genäht, Oberleder gewalft, ohne Seitennaht Mk. 12,50. Kalbleder-Herren-Beflagungstiefel auf Rand genäht Mk. 13,50. Kalbleder-Herren-Hoconstiefel in obiger Ausführung Mk. 13,50.

ca. 3 Millionen Cigarren, gut u. spottbillig.

Für Händler gute Ausstattungen. — Der jecundl. Bezer wolle gefl. angeben, ob leicht, mittel oder kräftig.

- Cigarren à la Manilla**, rein aus Tabak, wärgig u. voll, ca. 10¹/₂ em lg., 100 Stk. Mk. 1,50.
- Der Vorderepartie wegen empfehle ich die 3 Original-Grades à 200 Stk. zu beziehen.
- Marke 2**, ca. 10¹/₂ em lg., 5 em Umf., Sumatra-Dele, in Rollen 100 Stk. Mk. 1,75.
- Marke Schuss** in norm. Größe, unferirt in Papier, pr. 100 Stk. Mk. 2,50.
- Marke Merkado**, ca. 10 em lg., 5 em Umf., Bodfacon, 100 Stk. Mk. 2,50.
- Marke Piccolo**, 8 em lg., ca. 4 em Umf., rein überreifer Tabak, Originalgröße, 200 Stk. Mk. 4,50.
- Marke Manilla**, ca. 10¹/₂ em lg., 5 em Umf., a. b. Brandflöche, pr. 100 Stk. Mk. 3,—.
- Marke Universal**, ca. 11 em lg., ca. 5 em Umf., Solon u. Promenadenschuh, pr. 100 Stk. Mk. 3,25.
- La Diego**, ca. 10¹/₂ em lg., ca. 5¹/₂ em Umf., Sumatra-Dele, Java u. Seltig-Gint, pr. 100 Stk. Mk. 3,75.

- Marke Bajamo** (Partie), ca. 11¹/₂ em lg., ca. 5¹/₂ em Umf., Sumatra-Dele, Seltig u. Manilla-Gint, pr. 100 Stk. Mk. 4,50.
- Mexico-Hayama** (nur für Qualitäts-sachere), ca. 9¹/₂ em lg., ca. 5 em Umf., gleicht der feinsten, cubanisch, Havana-Gig., pr. 100 Stk. Mk. 4,50.
- Marke Nueva Coscocha** (Partie), ca. 11 em lg., ca. 5¹/₂ em Umf., Bodfacon, Borneo-Dele, St. Seltig u. Domingo-Gint, pr. 100 Stk. Mk. 4,50.

- Marke Edina** (Partie), voll Hocon, ca. 12 em lg., ca. 4¹/₂ em Umf., Dell-Dele, St. Seltig-Gint, pr. 100 Stk. Mk. 5,—.

- Marke Regenerativ-Cig.**, ca. 10¹/₂ em lg., ca. 5 em Umf., früher verkauft ich dieselbe um 10%, theurer, pr. 100 Stk. Mk. 5,—.
- Marke Campos**, ca. 10¹/₂ em lg., ca. 5 em Umf., Havana-Dele, Bahia-Seltig-Gint, pr. 100 Stk. Mk. 5,50.
- Diplomaten-Cigarre**, ca. 12 em lg., ca. 6 em Umf., pr. Bodfacon, eine der vollkommensten Cigarren, die ich bisher gefertigt, 100 Stk. Mk. 6,—.

- Marke Servantes**, kräftige, vollwärgige Havana Cigarre, circa 11 em lg., 5 em Umf., deren Werth den sehr geringen Preis bei Weitem übersteigt, pr. 100 Stk. Mk. 7,50.
- Marke Calderon**, Havana Handarbeit (Regale Preise). Beste Havana-Blätter-Kalbleder, feinstes Reil von Manilla u. Havana-Gintlage, ca. 10 em lg., ca. 5 em Umf., pr. 100 Stk. Mk. 3,—.
- Marke Lopez de Vega**, unpointierte Regalia-Bodfacon, ca. 12 em lg., ca. 5¹/₂ em Umf., Havana-Gintlage, sachte Reil Manilla-Gint-Dele. Diese Cigarre wurde am heutigen Tage mit 200 Stk. pr. 100 Stk. verkauft. Dieselbe öffnete ich, so lange das beschriebene Quantum reicht, in Rollen à 50 Stk., pr. 100 Stk. zu Mk. 10,— und darf mir wohl deshalb jede weitere Anpreisung erparen.
- Marke El Vico**, Bodfacon, ca. 10 em lg., ca. 5 em Umf., feinstes Havana-Handarbeit-Cigarre pr. 100 Stk. Mk. 12,50.
- Marke Triumfante**, Regalia-Bodfacon mit Ringen bezieht, Handarbeit, 15 em lg., ca. 6¹/₂ em Umf., sachte Reil-Dele, Havana-Blätter-Kalbleder in der Gintlage, pr. 100 Stk. Mk. 18,— in Rollen à 25 Stk. gepackt.

Ein Posten guter Cigaretten zu spottbilligen Preisen u. s. p. 100 Stk. 45 Pf. Eine Partie echt Egyptischer Cigaretten (Importen) per 100 Stk. Mark 2,—.

Herren- u. Knaben-Garderobe Derfflinger zum Marken Schuh Alleinverkauf des größten Confectionshauses Deutschlands.

Diese Garderobe ist auf das preislichste sauber wie nach Maß angefertigt. Jeder Knab geht nur frisch gebügelt aus dem Hause und enthält ein ca. 30 cm großes Muster für etwaige Defecte, die sich im Laufe der Zeit bilden, besonders für Hosen, welche bekanntlich mehr leiden, zur Reparatur. — Untergeordnete Materialien werden bei dieser Marke nicht verarbeitet. Diese Garderobe besitzt den elegantesten, modernsten Schnitt und beste Vahform für jede

- Einsegnungs-Anzüge** aus Diagonale, Cheviot, Satin, Kammgarn und anderen hervorragenden Stoffen zu 10,—, 12,—, 15,—, 18,—, 21,— bis 27,— Mark.
- Herren-Jaket-Anzüge**, ein- und zweireih., zu 12,50, 15,—, 17,50, 20,—, 22,— bis 27,— Mark.
- Kammgarn-Jaket- und Rodanzüge**, einreihig, zu 27,—, 30,—, 32,—, 34,— bis 45 Mark.
- Kammgarn-Gehrock** oder Gesellschaftsanzüge, zweireih., zu 28,—, 33,—, 38,— bis 45,— Mark.
- Paletots** in allen Farbenstellungen, deutschen und englischen Hocon zu 9,—, 11,50, 13,50, 15,—, 18,— bis 30,— Mark.

- Sabels** mit ganzer Belerine in den schönsten Phantasie- und glatten Mustern zu 9,50—11,25—13,25, 16,25 bis 28 Mark.
- Robenjoppen** mit Gürtel oder Zug zu 3,50—4,50—6,25—7,— bis 11 Mark. Die gleichen Joppen aus anderen haltbaren Stoffen zu 4,—, 5,—, 6 Mark.
- Beinkleider** von Cheviot, Kammgarn, Belour, Buckskin und sonstigen guten, wollenen, dauerhaftesten Stoffen, tabellos figend, zu 3,75, 4,50, 5,—, 5,50, 6,—, 7,—, 7,50, 8,50 bis 13 Mark.
- Arbeitsjachen** von dauerhaftem Material, in gediegener Arbeit, sind in großer Auswahl am Lager.

Durchschnittsfigur. Sämtliche von mir verkauften Kleidungsstücke werden meinen Kunden gegen Vorlegung des Reklamationscheines unentgeltlich ausgediegt.

Zur Einsegnung! Schwarze Kleiderstoffe

Manufacturwaaren, Gardinen, Regenschirme, Herren- u. Knabenhüte, Handschuhe für Herren u. Damen

bedeutend unterm Preis. **Jacques Raphaëli, Berlin, I. Kaufhaus Spandauer Brücke No. 2, II. Kaufhaus Potsdamerstr. 106a, III. Kaufhaus Grüner Weg 31.** An der Fabrik u. Sonntags während der polizeilicherseits erlaubten Stunden, Wochentags bis 10 Uhr Abends geöffnet.

Reine Offerte gilt bis zur nächsten Anzeig.

Unternehmer-Verbände.

Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ nach dem in der letzten Jahresversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats gegebenen Bericht mitteilt, betrug die Beteiligung im Monat Februar 3 406 270 Tonnen, die Förderung 3 284 896, die Einschränkung somit 121 374 oder 3,56 pCt. gegen 4,95 pCt. im Januar.

Soziales.

Die Klempner und Installateure Mannheims — und zwar die Meister — beschlossen in einer Versammlung einstimmig, vom 1. April an die Arbeitszeit auf 10 Stunden zu verkürzen. Ferner wurde beschlossen, zu den Beratungen über Einführung einer Werkstattordnung Vertreter der Arbeiter hinzuzuziehen.

Herr v. Stumm hat Pech. Nicht nur von den Fabrikinspektoren, sondern von den Unternehmern selbst werden seine schönsten Theorien bald hier bald dort ad absurdum geführt.

Die Gutsherrschaft in Valendorf — Valendorf gehört dem Domänenrat Pätow — war in der Richtung der Sparbarkeit schon früher soweit vorgeschritten, daß sie u. a. einem inzwischen verstorbenen hochverdienten Lehrer nach zehnjährigem Dienst an der Ortschule noch nicht das Minimum an Gehalt zugesprochen wollte.

Der Lehrer nicht minder der Tugend der Sparbarkeit ergeben, reichte mit diesem kostbaren Material, dem er stott Brille aus eigenem Vermögen besaß, bis gegen Ende Januar und erklärte dann gehörigen Orts, er müsse die Schule schließen, wenn er nicht demnächst Heizungsmaterial erhalte.

Diese erfolgte denn auch, als der Lehrer die Schule wirklich schloß und davon dem Orts-Schulinspektor und durch diesen dem großherzoglichen Ministerium Mitteilung machte.

Soweit hatten sich — nicht gerade die Schule — aber doch Lehrer und Schulkinder, der unverhofften Ferien wegen, ganz gut bei der Sache besunden, nun aber ging ihr Leiden an: der Gutsherr hatte sich durch den Schulpatron, das heißt sich selbst, veranlaßt gesehen, unter zeitweiliger Remotion des Lehrers vom Heizungssamte, einem Arbeiter mit Stundenlohn auf jenes Kosten dies Amt in der Schule übertragen.

Der Orts-Schulinspektor scheint, nach seiner unabweisbaren Stellungnahme zu Gunsten des Lehrers zu urteilen, nicht zu der „verharmlosten Reichspartei“ zu gehören, während das Schicksal den betreffenden Gutsherrn an die Spitze des konservativen Kreis-Wahlvereins zu Gäßrow gestellt hat.

Der dritte Bundes-Turntag des Deutschen Arbeiter-Turnerbundes wird vom 6.—8. Juni d. J. in Leipzig-Lindenau im Goldenen Adler, Angerstraße 41, abgehalten.

Kinderarbeit in der Schweiz. Die Gemeinnützige Gesellschaft des Kantons St. Gallen hat vor Jahresfrist eine Enquete veranstaltet, um zu erfahren, wie viele schulpflichtige Kinder durch die Stickerarbeit überbürdet und überanstrengt werden.

Berliner Ressource, Kommandantenstrasse 57, Sonnabend, 24., u. Sonntag, 25. April, frei geworden.



Beste und billigste Bezugsquelle für Händler, Restaurateure und Wiederverkäufer! Sumatra-Decke mit gemalteter, langer Einlage ohne Spigeneinlage oder gar Rippen! Weicher Brand, tabellose Arbeit.

Louis Keller's Festsäle, Stoppenstraße Nr. 29. Sonntag, den 4. April 1897: Gr. Partei-Vergnügen verankert von den Parteigenossen des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises (Nf).

Achtung. Der Verein der Plätterinnen hat am dritten Osterfesttag eine Sonder-Vorstellung in der „Neuen Urania“ arrangiert und bietet um recht regen Besuch.

Männer-Vortrag. Ein Bild in das Innere des männlichen und weiblichen Körpers. Montag, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr, in Meißner Saal, Weidenstr. 17.

Etablissement Süd-Ost, Waldemarstr. 75. Jeden Sonntag: Grosser Ball. Ferner empfehle meine Säle zu Versammlungen und Vereinstreffen.

Robert Scheere, Restaurant „Sängerheim“, O. Blumenstraße 38. Telefon: Amt VII Nr. 3760.

Märkischer Hof, Admiralstr. 18c. Jeden Sonntag im prachtvollen Spiegelaal: Grosser Festball. Färberei und chem. Wäscherei für Herren- und Damen-Garderobe.

Spree-Havel Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Stern“ 33 Salondampfer u. elektrische Boote. Wir empfehlen den verehrlichen Vereinen, Gesellschaften, Lehranstalten etc. zu Sommerausflügen.



„Anker“ empfiehlt den verehrlichen Vereinen, Gesellschaften ihre neu erbauten, hocheleganten Salondampfer zu Ausflügen nach der Ober- und Unterspree, Dahme, Havel etc.

Einsegnungs-Anzüge unerreicht an Güte, Billigkeit und Façon in tauschbarer Auswahl von 8, 10, 12, 15, 18, 20 Mt.

Alle Krankheiten sind heilbar, wenn nebst einer Widerstandskraft noch rechtzeitig meine bewährte hygienische, naturheilmittele und meine geistl. Leib- und Inhalations-Präparate zu überaus leicht herstellb. Bädern angewendet werden.

Homöopath. Arzt Dr. Hoesch, Linienstr. 149, 8-10, 5-7, Sonntags 8-10, f. Brust-, Unterleibs-, Frauen-, Kinder-, Haut-, Nervenkrankheiten.

Damen-Mäntel-Fabrik Engros Arthur Pelz Export 41-42 Kur-Strasse 41-42 verkauft im Einzelnen zu anerkannt billigen Fabrikpreisen.

Speck, Schweinefleisch, gepökelte u. Knochen à Pfd. 60 Pf. Schinken à Pfd. 68 Pf., bei 5 Pfd. à Pfd. 65 Pf. Schinken à Pfd. 55 Pf. an.

Sie wundern sich wohl über die schöne weiße Wäsche Ihrer Kochdamen? Machen Sie auch einen Versuch mit dem echten Dr. Thompson's Seifenpulver.

Möbel, beste Arbeit in großer Auswahl in Buchen u. Mahagoni, ganze Einrichtungen für 200 Mt. A. Schatz sen., Brunnenstraße 160, Ecke Anklamerstraße.

En gros.
En détail.

Geschäftshäuser BAER SOHN.

En gros.
En détail.

Fabrikation von Herren- und Knaben-Bekleidung

24a. Chausseestrasse 24a.

11. Brückenstrasse 11.

16. Gr. Frankfurterstr. 16.

Zwischen Invalidenstr. u. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.

Ecke Rungestrasse, nahe dem Bahnhof Jannowitzbrücke.

Schräglüber dem Ostend-Theater.

Geschäfts-Grundsatz: Alle Preise sind streng fest, sehr billig und in Zahlen an den Waaren ausgezeichnet.

Eröffnung der Frühjahrs-Saison.

Cheviot-Anzüge, sehr reiche Auswahl in vielen Farben, 39,- 30,- 27,- 21,- 18,- 12 Mk. 50.	Kammgarn-Anzüge, elegante Ausführung in vornehmen Façons, 45,- 35,- 30,- 27,- 22 Mk. 50.	Rock-Anzüge, sol. Fabrikation, in gut. Verarbeitung, 55,- 45,- 39,- 33,- 27 Mk.	Gehrock-Anzüge, zweireihiges Façon, gediegene Tragarz, 60,- 50,- 45,- 40,- 36 Mk.	Smoking-Anzüge, hochfeiner Gesellschafts-Anzug, in aparten Stoffen, 40,- 36,- 30,- 27 Mk.
---	--	---	---	---

Radfahrer-Anzüge,
bestehend aus Jaquet, Weste u. Hose,
Wollwurm, Cheviot und imprägnirte
haltbare Stoffe, Hose mit doppeltem
Gesässboden 30,- 27,- 24,- 21,-
18 Mk.

Die 9te, sehr reich illustrierte
PREIS-LISTE 1897
ist erschienen
und wird auf Wunsch gratis u. franco zugesandt.

Kleidung für Gewerke,
Maschinen-Jaquets u. Hosen, Leder-
Jaquets und Hosen, Drell-Jaquets und
Hosen, Leder- u. Zwirn-Westen, Kittel
für Maler, Bildhauer, Mechaniker u. s. w.
sehr billig.

Frühjahrs-Paletots, einfache, glatte Cheviots, gefüttert, 18,- 16,- 14,- 12,- 10 Mk.	Frühjahrs-Paletots, melange gehaltene Satins u. Covert coats 27,- 24,- 20,- 18 Mk.	Pelerinen-Mäntel, praktische Stoffe in schönen Neu- heiten, beliebte Tragarz, 36,- 27,- 24,- 21,- 18 Mk.	Wetter-Havelocks, Loden und Cheviots, in praktischen Farben, 21,- 18,- 15,- 12,- 9,- 7 Mk. 50.	Frühjahrs-Paletots, feine, reinwollene Diagonals in prächtigen Nüancen, 36,- 30,- 27,- 24 Mk.
--	--	---	--	---

Einsegnungs-Anzüge, Satin, Diagonal, Cheviots, 21,- 19,- 17,- 15,- 13,- 11,- 9 Mk.	Einsegnungs-Anzüge, elegante Kammgarne in guter Verarbeitung, 29,- 27,- 25,- 23,- 21,- 18 Mk.	Werktags-Beinkleider, praktische, haltbare Stoffe, in unzähligen Mustern, 10,- 8,- 7,- 6,- 5,- 3 Mk. 50.	Gesellschafts-Beinkleider, elegante moderne Muster, 14,- 12,- 10,- 8,- 5 Mk. 50.
--	---	--	--

Moderne Maß-Anfertigung unter Leitung eigener erster Meister. — Sehr große Stoff-Auswahl. — Mäßige Preise.
Nach Auswärts werden gern Muster nebst praktischer Maassanleitung franko gesandt. — Aufträge von 20 M. an franko. — Sorgfältigste Ausführung. — Viele Anerkennungs-schreiben.
Falls obige Angebote ausverkauft sind, wird Ersatz oder Neuanfertigung ohne Preisaufschlag gewährt.

Echt chinesische Mandarinendamen
(gesetzlich geschützt)
das Pfund Mk. 2,85,
natürliche Farben wie alle inländischen,
garantirt neu und staubfrei,
in Farbe ähnlich den Oberwägen,
ausserordentlich haltbar u. haltbar:
3 bis 4 Pfund genügen zum
grossen Oberbett.
Tausende von Anerkennungs-schreiben,
Verpackung luftdicht. Versand gegen
Nachnahme nur allein von der
ersten Bettfedernfabrik
mit elektrischem Betriebe
Gustav Lustig,
Berlin S., Brunnstrasse 46.

Möbel! Höffner, Berlin N., Veteranenstr. 13
Wohnungs-Einrichtungen
von 200,- bis 3000 Mark in jeder
Preislage sofort lieferbar.

Eine weitere Garantie

für die enorme Billigkeit meiner Preise ist das Bestreben der bei mir tausenden Damen, mich ihren Bekanntenkreisen weiter zu empfehlen. Der von vielen Seiten an mich gerichtete Wunsch, in die hiesigen Lehrer- und Beamten-Bereine einzutreten, kann nicht erfüllt werden. Meine Original-Verkaufspreise verbieten selbst den kleinsten Rabatt.

Kleiderstoffe
In nur modernen und gewässerten Farbensönen.
Lodenstoffe, gewirnt, doppeltbreit Meter 50 Pf.
Cheviot, reine Wolle, doppeltbreit Meter 48 Pf.
Englische Fantasiestoffe, reine Wolle, doppeltbreit Meter 50 Pf.
Alpaca, modernes Frühjahrskleid, doppeltbreit Meter 60 Pf.
Jubischer Cachemire, 120 cm breit, reine Wolle, Meter 75 Pf.
Verlän-Grèpe, reine Wolle, doppeltbreit Meter 95 Pf.
Fantasie-Karol, kleine, nur neue Farbensetzungen, Meter 54 Pf.
Neuheiten in Schotten mit Wolle, doppeltbreit Meter 98 Pf.
Halb-Seide-Halb-Wolle, Grösste Reinheit doppeltbr. Meter 1,30.

Seidenstoffe
1 Vollen Werzeilenz, nur in schwarz, reine Seide Meter 1,00.
1 Vollen Foulards, reine Seide Meter 88 Pf.
1 Vollen Changeant-Seide, 60 cm breit Meter 65 Pf.
1 Vollen Damase-Moise-Antique, 60 cm breit Meter 1,65.

Gardinen
Englisch Tüll in der denkbar reichhaltigsten Muster-Auswahl . . . das Fenster 2 Ghales 1,15 Mk. Nr. 23 Pf.
Englisch Tüll in künstlerisch ausgeführten Zeichnungen . . . das Fenster 2 Ghales 3,25 Mk. Nr. 46 Pf.
Schweizer Tüll Imitation, neue und eigenartige Zeichnungen . . . das Fenster 2 Ghales 4,65 Mk. Nr. 58 Pf.

Teppiche mit Brädel 3,- Mk. Wollgarnete 5,- Mk.	Tischdecken Brocat einfarbig 2,25 Mk. Woll 5,40 Mk.	Portièren abgerollt 1,40 Mk. mit Bordüre 2,25 Mk.	Stoppdecken reinswollener Atlas 4,- Mk. Handarbeit mit Wolle genäht 6,75 Mk.
--	--	--	---

Damenhemden
Wäschehemd . . . Stk. 98 Pf.
Damenhemden, handgestickt . . . Stk. 1,20

Damen-Jacken . . . Stk. 75 Pf.
Damen-Beinkleider Boar 95 Pf.
Damen-Bildereiröcke Stk. 1,45

W. Pestachowski,
Grosse Frankfurterstrasse 86,
zwischen Markus- und Marsiliusstrasse.

Gardinen
denkbar grösste Auswahl
in den neuesten Mustern
zu bekanntbilligen Preisen

Reste
zu 1, 2 bis 4 Fenster
passend, bed eut end
unter Preis.

Carl Schloss,
Warenhaus „Sub-Off“,
22, Wienerstrasse 22,
1, Grönanterstr. 1.

Rester: Möbelstoffe,
3-5 Meter lang, 130 cm br., Nr. v. 1 Mk. an.

Crefonnes,
60 cm breit, Meter von 0,30 Mk. an.

Möbelplüsche,
60-130 cm breit, 2 Mk. an.

1 Partie: Satteltaschen,
einzelne, Stk. von 1 Mk. an.

Gardinen,
einzelne Fenster von 2 Mk. an.

Portièren,
Stk. von 1,50 Mk. an.

Teppiche
(ältere Muster), Stk. von 6 Mk. an,
officirt 1310E+

Wilhelm Bursch
Alle Jacobstrasse 98
(an der Zandbergstrasse).

M. Wollner's Möbel-Einrichtungen, Berlin SO., Köpenickerstr. 154, Fabrikgebäude. Kein Laden.
Ganze Einrichtungen, Nussbaum oder Mahagoni von 300 M. aufwärts in jeder Preislage.
Nur sorgfältig und dauerhaft gearbeitete Möbel. Verkauf auch von einzelnen Stücken. Anerkennungen über gediegene u. geschmackvolle Ausführung aus allen Berufsklassen.
Gekaufte Möbel können auf Wunsch kostenfrei lagern. [1893].
Geöffnet 8-8. Sonntags 7-10 und 12-2. Lieferung stets franko.

BLAS-ACCORDEONS
Acht Jahre spezial und in
erfahrenen, Robbisen-Blas-
bauern, die in
Frankfurt a. M.
an der
Königsplatz 11
L. 111

Stroh- u. Filzhut-Fabrik Eugen Goltz
25 Chausseestrasse 25
im Friedr.-Wilhelmst.-Theat.



Chic. 2,50.
Grünes
Spezial-Geschäft
in Damen- u. Mädchen-
Stroh- u. Filzhüten
Abtheilung für Putz
elegantes Genre von 3,50,
5,-, 7,50 und 10 Mk.
Detail-Verkauf
zu Fabrikpreisen.
Täglicher Eingang d. neuesten
Pariser u. Wiener Formen.
Billigste Bezugsquelle
für Wiederverkäufer.
Pferdebahn-Geld wird vergütet.

Das Schuhwaren-Verkaufshaus S. Selbiger, Zandsbergerstr. 40
Ecke Viehmannstrasse.

Herrnkiefer, gut und dauerhaft gearbeitet, Nrl. 4,50, 5,50, 6,50 u. f. w.	Damenkiefer zum Anspitzen, auch Gummizüge, Nrl. 4, 4,50, 5,30, 6,20 u. f. w.	Strandschuhe für Herren, Damen u. Kinder in grösster Auswahl zu billigen Preisen.
Herrn-Halbschuhe, elegante Ausführung, von Nrl. 4,00, 4,40, 5,20 u. f. w.	Damen-Promenaden-Schuhe, Hof, Glacé, Chevreau, von Nrl. 3,00, 3,50, 4,00, 4,80 u. f. w.	Kinder-Knopf- u. Schnürstiefel in allen Preislagen, feinste Ausführung.